

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Montag, den 3. Juni 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Antimilitarismus.

I.

In einem seiner in den achtziger Jahren verfassten, an seinen Sohn gerichteten Briefe über Logik schrieb Joseph Dietgen: „In der politischen Volksbewegung machen sich gegenwärtig zwei Strömungen geltend. Die eine nennt sich Propaganda der Tat. Sie arbeitet in Russland und Irland mit Dynamit, Pulver und Blei. Die andere empfiehlt die Propaganda der Rede, der Wahl und geistlichen Agitation. Und nun streitet man nicht mit Verstand für wen, wie, wo dies oder jenes opportun sei, sondern mit sektiererischem Fanatismus will jeder seine relative Wahrheit für absolut ausgehen. Wenn Du Dich bisher über die Methode, wie die Wahrheit zu denken ist, über die wahre Denkweise in etwas instruiert hast, wirst Du hier oder heute für dies und morgen oder dort für jenes Partei ergreifen, ohne zu verkennen, daß alle Wege nach Rom führen. Wenn Genossen Dich gelegentlich überstimmen, wirst Du auch den Gegner noch als Freund schätzen, und wird Dein Krieg, auch der bis aufs Messer, immerhin nur ein relativer Krieg, eine Messer-affäre mit Vernunft sein.“

Manchem mag dieser Standpunkt allzu philosophisch sein, und unserm Philosophen ist auch der Vorwurf nicht erspart geblieben, daß er über den Kampf bis aufs Messer, den unsere Genossen damals gegen den Anarchismus führen mußten, allzu philosophisch hinweggeschritten ist. Immerhin liegt in seiner Betrachtung die gute Lehre, daß bei allen Gegensätzen, die innerhalb der Arbeiterbewegung auftauchen, nicht nur die Frage gestellt werden soll, wer Recht hat, sondern vor allem auch diese, inwieweit jeder Recht hat, und wie die verschiedenen Ansichten aus den verschiedenen Umständen und Kampfbedingungen notwendig hervorgehen. Dadurch kann erst unser gegenseitiger Kampf über eine solche Frage „eine Messer-affäre mit Vernunft“ sein.

Dies gilt namentlich auch für die neulich wieder stark hervorgetretenen Differenzen über die antimilitarische Methode. Durch Nichtbeachtung der besonderen Landesverhältnisse begreift man in Frankreich nicht, weshalb die deutsche Partei bis jetzt der besonderen antimilitarischen Propaganda kühl und ziemlich ablehnend gegenüberstand, und man glaubt, daß die deutschen Sozialdemokraten im Kriegsfall sofort mit Freuden „die Flinte auf den Buckel“ nehmen und zu den Gegnern eilen würden. Und umgekehrt begreift man hier nicht, weshalb die Hervesehe Propaganda für den Militärstreik im Kriegsfall in unserer französischen Bruderpartei geduldet wird, und man glaubt, unsere französischen Genossen lassen sich in dieser Frage nicht von praktisch-reellen, sondern von utopisch-gefühlsschwärmerischen Auffassungen leiten. Es bildet eins der Verdienste der Liebknechtschen Schrift über diesen Gegenstand, daß sie uns die besonderen Umstände vor Augen führt, unter denen in den verschiedenen Ländern Militarismus und Antimilitarismus auftreten; dadurch wird das verschiedene Verhalten der französischen und der deutschen Partei erst vollkommen verständlich.

Der Antimilitarismus ist nicht, wie die herrschenden Klassen es glauben, das Streben, von außen her das Militär zur Rebellion zu verführen. In dieser Auffassung zeigt sich die nämliche Beschränktheit, die diese Klassen immer der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung gegenüber zur Schau tragen. Sie erblicken ein künstliches Produkt persönlicher Verheerung, wo eine natürliche Folge gesellschaftlicher Verhältnisse vorliegt. Es kann vorkommen, daß die berebten Auseinandersetzungen eines Agitatoren den lange im Herzen getragenen Groll über ihr Elend bei einer bisher ruhig duldbenden Arbeitergruppe zum Ausbruch bringt; aber auch dann sind es nicht seine Worte, sondern es ist die unerträgliche Lage der Arbeiter, die die Ursache des Ausstandes bildet. Wäre der Agitator nicht gekommen, dann hätte früher oder später ein anderer Anstoß, irgendeine Kleinigkeit, genügt, die geknechtete Masse aufzurütteln. Es ist verständlich, wenn der selbstherrliche Ausbeuter jetzt über den „Hezer“ schreit, weil ihn eben das unwürdige Elend der Arbeiter ein naturgemäßer Zustand zu sein dünkt; aber verständlich ist dies Geschrei doch nur als ein Zeichen der aus der eignen Ausbeuterlage stammenden Beschränktheit der ganzen Bourgeoisie. Für die einzelnen Besonderheiten des Verlaufs der Arbeiterbewegung mögen persönliche Momente eine Rolle spielen: für die Entwicklung dieser Bewegung als Ganzes betrachtet kommen sie nicht in Betracht; in ihr verschwinden die absonderlichen Worte und Taten der einzelnen Vorkämpfer und fügen sich zusammen als eine notwendige Wirkung der materiellen gesellschaftlichen Zustände.

Genau so liegt es mit der Auffassung, die die herrschende Klasse über die antimilitarische Propaganda hegt.

Man stelle sich den Fall vor, daß, wie es in Frankreich oft vorkommt, Militär aufgebieten wird gegen streikende Arbeiter, sie stehen der erregten Masse der für ihre Existenz kämpfenden Proletarier mit geladenen Flinten gegenüber; aus dieser Masse klingen Worte hinter: „Schießt nicht, wir sind ja eure Brüder, eure Klassengenossen — und in der Tat wird dem Kommando Feuer keine Folge geleistet; ist das dann die Wirkung der zugerufenen Worte? Dem Befehlshaber, dem unbedingter Gehorsam als die natürliche und göttliche Weltordnung erscheint, mag dies so vorkommen, aber jeder vernünftige Mensch wird die Irrigkeit dieser Auffassung einsehen. Bei einer so schwerwiegenden Tat, wo der Bannkreis der ganzen militärischen Erziehung durchbrochen wird, wo so schwere Strafen drohen, ist das Durchkämpfen eines so gewaltigen seelischen Konflikts nötig, daß es töricht, ja die größte Beschränktheit wäre, hier die paar gerufenen Worte als Ursache hinzustellen. Nein, die wirkliche Ursache liegt in der ganzen Lage, in der zweckwidrigen Verwendung der Soldaten, denen zugemutet wird, im Interesse eines profitgierigen Unternehmers auf ihre Klassengenossen zu schießen. Wenn die Soldaten sich dabei nicht schon in schwerem innerlichen Zwiespalt befänden, was hier ihre Pflicht sei, dann würden die gerufenen Worte nicht die geringste Wirkung ausüben. Jetzt wirken sie höchstens als der kleine Stoß, der noch nötig war, die Wage nach der einen oder der andern Seite durchzuschlagen zu lassen; bleiben sie weg, dann wird vielleicht das nächstmal der innere Widerwillen gegen diesen Brudermord zur Tat werden.

Was hier im Einzelfall stattfindet, ist ein Abbild der Verwendung des Militärs als Machtmittel der Kapitalistenklasse im großen sozialen Kampfe mit der Arbeiterbewegung. Die antimilitarische Propaganda ist in organisierter, allgemeiner und überlegener Gestalt jenen Zurufen gleichzusetzen, die von den Proletariern im Arbeitskittel zu ihren Klassengenossen in Uniform hinüberklingen. Sie ist für sich gar nicht imstande, die militärische Disziplin zu zerstören, so wenig wie eine sozialdemokratische Agitation ohne wirtschaftliche Grundlage des kapitalistischen Elends Erfolge haben könnte. Sie spielt die nämliche Rolle auf ihrem Spezialgebiet, wie diese Agitation auf dem großen politischen Gebiet; sie wirkt dann und wann als kleiner, noch nötiger Stoß, wo die Geister schon halbwegs ungestimmt waren. Im allgemeinen wirkt sie aufklärend, wodurch der schwierige Weg der schmerzvollen eigenen Erfahrungen erheblich abgekürzt wird. Erfolge aber kann sie nur haben, wenn der Boden durch praktische Erfahrung vorbereitet ist. Der herrschenden Klasse müssen wir immer aufs neue diese Tatsache entgegenhalten: nicht unsere Worte, sondern ihre eigenen Taten sind es, die ihr den Untergang bringen werden. So lange eine herrschende Klasse sich hütet, das Militär dem Volke gegenüberzustellen, solange wird eine antimilitarische Propaganda wirkungslos bleiben; wenn man auch theoretisch überzeugt ist, daß dies nachher einmal stattfinden wird, so wird dadurch für eine solche Propaganda noch kein Resonanzboden in der Armee geschaffen. Umgekehrt, wo in der Verwendung von Soldaten streikenden Arbeitern gegenüber die Machthaber selber ihr möglichstes tun, die Disziplin in der Armee zu zerrütten, da mögen sie die antimilitarische Propaganda noch so verfolgen und mit schweren Strafen bedrohen, es hilft ihnen nichts: sie kommt wie der Ungehorsam in der Armee selbst, immer aufs neue, unzerstörbar empork. Sowie alle kapitalistischen Institutionen, denen durch ihre Funktion in der heutigen Gesellschaftsordnung eine innere Notwendigkeit innewohnt, kann auch die militärische Organisation und Disziplin nicht durch irgendeine Kraft von außen her zerstört werden. Sie können nur durch ihre eignen Widersprüche — Ausflüsse der Widersprüche der ganzen Produktionsordnung — innerlich zerrüttet werden. Der Widerspruch des Militarismus erscheint erst dann, wenn das Heer, das als Organisation des bewaffneten Volkes unter Führung der herrschenden Klasse gelten soll, von diesen Klassen gegen das Volk selbst geführt werden soll. Durch diese Tat wird die Disziplin erschüttert, wozu sonst eine noch so energische antimilitarische Propaganda nicht ausreichen würde. Umgekehrt, was als antimilitarische Propaganda erscheint, ist immer nur ein Reflex, ein Wiederhall von dem, was in den Herzen der uniformtragenden Proletarier vor sich geht; darauf allein beruht ihre Wirkung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Landtagswahlen in Bayern.

Das Gesamtergebnis der Wahlen hat, wie im voraus angenommen werden konnte, keine sonderlich großen Verschiebungen im Bestände der Parteien gebracht. Ein Vergleich der Resultate im einzelnen mit den früheren Wahlen ist unmöglich, weil sowohl das Wahlsystem, wie

die Wahlkreiseinteilung geändert worden ist. Die Zahl der Abgeordneten ist nur um vier vermehrt worden, von 159 auf 163, aber in einzelnen Provinzen ist die Zahl der Abgeordneten vergrößert, in anderen verkleinert. Im allgemeinen ist den Städten eine größere Zahl von Mandaten überlassen worden.

Die Entscheidung der Wahl erfolgt nach relativer Mehrheit. Gewählt ist, wer mit wenigstens 30 Proz. aller abgegebenen gültigen Stimmen der höchstbestimmte Kandidat ist. Hat keiner der Kandidaten 30 Prozent der Stimmen erhalten, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem dann derjenige gewählt ist, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, unbekümmert darum, einen wie großen Prozentsatz von Stimmen er erhalten hat. An diesem zweiten Wahlgang können wieder sämtliche Bewerber aus der Hauptwahl teilnehmen, ja selbst ganz neu aufgestellte Kandidaten. Ob solche zweite Wahlgänge erforderlich geworden sind, steht noch nicht sicher fest.

Relativ am besten hat die Sozialdemokratie abgeschnitten; sie hat ihren Mandatsbesitz, wie wir schon mitteilen konnten, von zwölf auf zwanzig vermehrt. Es wurden in München 8, in Nürnberg 5, in Fürth 2, in Ludwigschafen 2, in Kaiserslautern 2 und in Erlangen 1 Landtagsmandate erobert.

Der neue Landtag wird nach den bisher vorliegenden Meldungen folgende Zusammensetzung zeigen: Zentrum 99, bisher 102, Liberale 25, bisher 23, Freie Vereinigung 19, bisher 20, und Sozialdemokraten 20, bisher 12.

Die Differenz in den Gesamtzahlen für den alten und neuen Landtag liegt, außer in der Vermehrung der Zahl der Mandate um 4, darin, daß zwei Mandate für Neustadt a. d. H. unbesezt waren, weil trotz zahlreicher Wahlgänge keine absolute Majorität zu erzielen war.

Zwei der sozialdemokratischen Kandidaten sind leider doppelt gewählt: der Genosse Ehrhardt in Ludwigschafen und Kaiserslautern, der Genosse Dr. v. Haller in Nürnberg und Erlangen. Es ist jedoch Aussicht, daß die Mandate in der Nachwahl behauptet werden.

Alles in allem zeigen die bayerischen Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz einen tüchtigen Fortschritt der Sozialdemokratie. Unsere Partei stand in Bayern zum ersten Male allein allen Gegnern gegenüber und sie hat gezeigt, was sie aus eigenen Kräften leisten kann. Die erste Probe ist durchaus günstig ausgefallen. Wie heiß der Kampf war, zeigen die Stimmresultate in Nürnberg. Es wurden in den sechs Nürnberger Wahlkreisen insgesamt Stimmen abgegeben: für die Sozialdemokratie 27 995 Stimmen gegen 21 596 bei der letzten Landtagswahl im Juli 1905 und 19 611 liberale und Mittelstandsstimmen gegen 14 394 im Jahre 1905. Fünf von den sechs Mandaten Nürnbergs fielen unseren Genossen zu, trotz aller Versuche, den Arbeitern durch allerlei Hinterlist das Wahlrecht zu entziehen.

Der deutsch-dänische Handelsvertrag. Der Abschluß eines deutsch-dänischen Handelsvertrages steht vor der Tür. Er hat ein Interesse für die Allgemeinheit und könnte für die Allgemeinheit von großem Segen sein, weil Dänemark eines der reichsten Länder ist. Die Vieheinfuhr aus Dänemark nach Deutschland ist aber durch die Quarantäne illusorisch gemacht, die das Vieh 10 Tage an der Grenze festhält und damit den Preis ungeheuer in die Höhe treiben würde. Der Abschluß des Handelsvertrages böte die Gelegenheit, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, zumal der neue dänische Zolltarif das Zustandekommen eines Tarifvertrages wesentlich erleichtert; er ermäßigt die Zölle auf einen erheblichen Teil der Einfuhr, beseitigt eine Anzahl von Zöllen ganz und erhöht nur den Zoll auf einige Luxuswaren, an denen Deutschland wenig interessiert ist. Zu einem weiteren Entgegenkommen wäre Dänemark zweifellos bereit. Anders in Deutschland! Die Agrarier sippie blickt mit tränenreichen Augen nach Dänemark, das ihnen wegen seiner Milch- und Rahmausfuhr ein Scheuel und Greuel ist. Vor kurzem erst schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ wild nach Milch- und Rahmjollen, da die dänische Milch nicht so fettig sei wie die deutsche und außerdem durch Milch- und Rahmeinfuhr der Butterzoll umgangen werde. Der deutschen Regierung, die die konservativ-liberale Paarung strikt durchführt, indem sie den Liberalen Blumen streut und den Agrariern Früchte zuteilt, wird es also kaum einfallen, die Vieheinfuhr aus Dänemark zu erleichtern. Und es fällt ihr in der Tat nicht ein! Die „Völkische Zeitung“ erfährt, daß die Abänderung veterinärpolizeilicher Bestimmungen zur Erleichterung der Vieheinfuhr bei den deutsch-dänischen Handelsvertragsverhandlungen gar nicht in Frage komme. Schon in den diplomatischen Vorverhandlungen habe die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß auf diesem Gebiet Konzessionen nicht zu erwarten seien. Dagegen werde Deutschland in der für Dänemark wichtigen Frage der Pferdeinfuhr —

Dänemark führt jährlich für etwa 30 Millionen Mark Pferde nach Deutschland ein — einen um 30 Prozent ermäßigten Zollsatz zugestehen, der bisher nur für Belgien und Österreich-Ungarn in Anwendung kam. Die breiten Massen des Volkes gehen bei diesem Handelsvertrag leer aus. Man sieht, Herr Bülow will sich das agrarische Sprichlein auf seinem politischen Leichenstein auch verbleiben!

Der neue Steuerfegen. Offiziell wird mitgeteilt: „Das laufende Finanzjahr wird das erste Volljahr der Geltung der neuen Steuern sein. Man wird seinen Ergebnissen deshalb ein erhöhtes Interesse entgegenbringen. Wie stellt sich nun die Aprilerinnahme zu den im Reichshaushaltsetat für 1907 enthaltenen Jahresanschlüssen? Die Zigarettensteuer ist mit einer Einnahme von 11,2 Mill. Mark zum Anschlag gelangt. Sie hat im April nahezu eine Million Mark an Einnahme erbracht. Auf Grund des Aprilergebnisses wird man also annehmen können, daß sie den Etatsatz schließlich erreichen wird. Ob ein gleiches Ergebnis bei dem Frachtkundenstempel zu erwarten sein wird, ist schon weniger zweifellos. Er ist im Etat mit 13,7 Mill. Mark angesetzt. Die Aprilerinnahme belief sich aber nur auf etwas über 800 000 Mark. Da jedoch für die Erträge dieses Einnahmezweiges der Umfang des Güterverkehrs maßgebend ist, so wird sich die Herbst- und Wintererinnahme höher als die des Frühjahrs und Sommers gestalten. Deshalb ist immer noch auf ein Erreichen des Etatsansatzes zu rechnen. Recht trübe sind dagegen die Aussichten der Fahrkartensteuer. Bekanntlich ist im Reichstage bereits der von den verbündeten Regierungen in den Etat eingesezte Jahreserinnahmeansatz dieser Steuer von 45,1 Mill. auf 30,4 Mill. Mark herabgebracht. Ob aber auch nur diese Erwartung erfüllt werden wird, ist bei einer Aprilerinnahme von noch nicht 800 000 Mk. mehr als zweifelhaft. Von den Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge erwartet der Etat des ganzen Jahres 2,9 Millionen Mark, der April hat noch nicht 100 000 Mk. erbracht. Also auch hier sind die Aussichten nicht günstig. Daß der Etatsansatz für die Steuer von Vergütungen an Ausschichtsratsmitglieder in Höhe von 9,8 Millionen Mark schließlich erreicht werden wird, ist nach dem im April nahezu eine Million erzielt ist, nicht unwahrscheinlich. Über die Aussichten der Erbschaftsteuer wird man allerdings auch nach der Aprilerinnahme noch nicht urteilen können. Hier müssen erst die endgültigen Verhältnisse Platz greifen. Jedenfalls steht dem Jahreserinnahmeansatz von 36 Mill. Mk. eine Aprilerinnahme von 1,2 Mill. Mk. gegenüber. Alles in allem: Einzelne neue Steuern versprechen, die im Etat auf sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen, ob aber das Gesamtergebnis aller neuen Steuern dem Gesamterinnahmeansatz entsprechen wird, ist zweifelhaft.“ — Uns erscheint das gar nicht zweifelhaft mehr, allerdings in einem dem Etat ungünstigen Sinn: das Gesamtergebnis wird ein unbefriedigendes sein. Das Flasko der Steuersucherei vom vorigen Jahre ist nicht mehr abzuwenden.

Die „liberale Kra“ im Reiche Studts. Aber die Vorbereitungen zu einer allgemeinen Kirchen- und Schulvisitation, die von einem höheren Kultusbeamten ausgeübt wird, veröffentlicht in der „Preussischen Lehrerzeitung“ ein Lehrer einen Notzettel, in dem es heißt:

Natürlich handelt es sich nur um den religiösen Stoff. Der Lehrplan wurde beiseite gelegt, und drei Viertel der Unterrichtszeit füllten biblische Geschichte, Katechismus, Kirchenlied und Reformationsgeschichte! Es galt, diese Stoffe zu reformieren und zu befestigen, und das geschah in ausgiebiger Weise; daß die Kinder in einer Woche acht bis zwölf Kirchenlieder, ebensoviel oder noch mehr biblische Geschichten, Stücke des Katechismus und Mengen von Sprüchen wiederholten und aufzagen mußten, gehörte nicht zu den Seltenheiten. Doch merkt dabei — in Anbetracht des hohen Zweckes — von Überbürdung und geistiger Abtölpelung der Kinder reden wollen, wenn man bedenkt, daß in dieser Zeit von Naturgeschichte, Geschichte, Geographie, Deutsch und andern nebensächlichen Dingen kaum die Rede war!

Wenn schon dem Volke die Religion erhalten werden muß!

Der Starke weicht mutig zurück. Freisinnige Blätter brachten die Mitteilung, daß die Kaufleute in Kamerun sehr unzufrieden seien mit der Ernennung des Dr. Seitz zum Gouverneur von Kamerun. Gerade Dr. Seitz habe sich verhaßt gemacht und durch sein Verhalten die Situation erschwert. Diese Mitteilung, welche aus beteiligten Kreisen kam, bestätigte das, was wir zu der Ernennung des Dr. Seitz zum Gouverneur schrieben. Aber die Kolonialpresse sans phrase duldet nicht, daß der freisinnige Bundesgenosse sich noch eine Kritik an dem Kolonialsystem erlaubt. Die „Post“ rüffelt die „Freisinnige Zeitung“, sie meint, daß nach wie vor der Weizener Kolonialgegner blähen müsse, wenn die Freisinnigen solchen Kolonialkritik verbreiteten. Anstatt nun, daß die „Freis. Ztg.“ sich entschieden das Recht der Kritik wahr, stammelt sie Entschuldigungsworte, sie schreibt:

„Jrgendwelcher Klatsch ist darin überhaupt nicht verbreitet worden, und der Einhaber ist nichts weniger als Kolonialgegner, da er ja gerade in Kamerun Handel betreibt. Die Zuschrift ist auch nicht aufgenommen worden aus irgend welcher Kolonialgegnerschaft heraus, sondern im Gegenteil im Interesse der Kolonie Kamerun. Außerdem handelt es sich gar nicht um rein persönliche Beschwerden der deutschen Geschäftsinhaber, sondern um durchaus sachliche Einwände gegen das bisherige Verwaltungssystem der Kolonie. Die „Post“ scheint wenig über die Verhältnisse in den Schutzgebieten orientiert zu sein, sonst müßte sie wissen, daß die Klagen der deutschen Kaufleute nicht erst seit gestern datieren, sondern daß schon seit Jahr und Tag in wachsendem Maße gegen das System Buttamer von Händlern und Farmern Beschwerden erhoben worden sind.“

Die freisinnige „Post“ geht noch weiter in der Selbstentwürdigung, sie will alles auf ein Mißverständnis zurückführen. Das sind die Helden, die sich einbilden, ein Jungdeutschland hervorbringen zu können.

25 Pfg.-Stücke? Vom Präsidium der Reichsbank wurden die Reichsbankanstalten aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob im Scheidemünzverkehr ein Bedürfnis nach einer Zwischengruppe zwischen dem 10 Pfg.- und dem

50 Pfg.-Stück bestehe und ob speziell ein 25 Pfg.-Stück wünschenswert erscheine.

„Kapitalistische“ und „agrarische“ Kolonialpolitik. Die Petitionskommission des Reichstags hat beschlossen, folgende Petition dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen:

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen überreicht dem Deutschen Reichstag eine von der Generalversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen angeforderten landwirtschaftlichen Kreis- und Lokalvereine am 28. Februar 1907 in Posen einstimmig gefaßte Resolution des Inhalts:

1. Es bestehen tiefgehende Unterschiede zwischen einer kapitalistischen Kolonialpolitik, welche als Glied einer Export- und Weltmachtspolitik bisher ausnahmslos in der Weltgeschichte die Heimat binnen wenigen Jahrzehnten zugrunde gerichtet hat, und einer agrarischen Kolonialpolitik, welche unseren volkswirtschaftlichen Bedarf durch ihre Produkte wesentlich ergänzen und vom Weltmarkt unabhängiger gestalten will.

2. Nur für eine solche agrarische Kolonialpolitik gilt der Satz: daß Heimatpolitik und Kolonialpolitik identisch sind.

mit der Bitte, dieselbe zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.

Die Petition ist von dem berichtigten Agrargelehrten Dr. Kuhlmann mit einer kurzen kolonialhistorischen Begründung versehen worden, die nur bis zum siebenten Jahrhundert vor Christus zurückgeht! Aus dieser kuriosen Begründung ist nur soviel ersichtlich, daß das Agrarierum nur eine solche Kolonialpolitik wünscht, die der Industrie nicht zugute kommt. Ausgeschlossen wäre also eine billigere Versorgung des Inlandes mit Fleisch, Getreide, Wolle usw., die freilich bei unseren Kolonien ohnehin nicht zu erwarten ist.

Baden und die Russenhege in Berlin. In einer Rede, die Genosse Adolf Gek im Karlsruher Kolosseum hielt, berichtete er u. a. von einem Gerücht, wonach die badische Regierung bei der Berliner Russenhege die Hände im Spiel haben soll. Aber Baden, bezw. von Mannheim aus sei das Material zu der Berliner Polizeiaktion geliefert worden. Wird die badische Regierung dazu schweigen und das Gerücht dadurch als den Tatsachen entsprechend bestätigen?

Weitere Tuppelkirchgeschäfte? Durch Presseentwürfungen, Reichstagsverhandlungen und Gerichtsverfahren ist festgestellt worden, daß der Major Fischer von der Kolonialverwaltung bei der profitgelegneten Monturlieferungs-firma ein offenes Konto hatte und von der Firma, mit der er in amtlicher Verbindung stand, Darlehen annahm. Daß sich die finanziellen Beziehungen von Tuppelkirch u. Co. mit Angehörigen der deutschen Reichsarmee nicht auf Leute im Offiziersgrade beschränkte, scheint nachstehender Fund zu beweisen, den ein Breslauer Genosse dieser Tage machte. Er stellt nämlich unsern dortigen Parteiblatt eine ordnungsmäßig gestempelte Anweisung der Firma zur Verfügung, die folgenden Wortlaut aufweist:

Stammhaus: Berlin. Mitteilung
Codes: Staudt und Hundius 1882/9,
ABC Code 5 th Edition.

In Herrn
v. Tuppelkirch u. Co.
Filiale Swatopmund,
G. m. b. H.

Swatopmund, d. 9. März 1905. Windhuf.

Durch unser Berliner Haus sind 500 Mk. für Sie angewiesen worden.

Hochachtend
v. Tuppelkirch und Co.
Filiale Swatopmund.
(Unleserlicher Name.)

Unter den beiliegenden Papieren befanden sich eine Anzahl Inhaltsverzeichnisse, wie sie Geschenkpaketen hinzugefügt zu werden pflegen, ein Zettel mit der Warnung: „Sei sparsam mit den Patronen, weil das Schießen derselben jedenfalls strengstens verboten ist“ und schließlich das Telegramm des Stappenkombandos, das die Heimreise des Wachtmeisters Polko mit dem „Alexander“ verfügt. Wir gestehen, beim Durchlesen dieser Papiere einigermaßen neugierig geworden zu sein, aus welchem Grunde die Lieferungsfirma Tuppelkirch u. Co. in Berlin einem in Südwestafrika tätigen Wachtmeister 500 Mk. anweist. Vielleicht nehmen unsere Genossen im Reichstag die nächste Gelegenheit wahr, um die mysteriöse Anweisung vom Regierungstische aus ihres geheimnisvollen Schleiers entkleiden zu lassen. Denn nach den Feststellungen im Falle Fischer scheinen uns alle finanziellen Beziehungen zwischen Tuppelkirch und deutschen Soldaten sehr der Aufklärung bedürftig.

Staatsklaverei in Südwestafrika? Von befreundeter Seite erhält die „Königs. Volksztg.“ aus Deutsch-Südwestafrika einen Brief, aus dem folgende Stelle wiedergegeben sei: Nachdem von der offiziellen Beendigung des Krieges gesprochen ist, die übrigens dort längere Zeit geheimgehalten wurde, heißt es: „Auffällig ist es, daß die Regierung gar keine Miene macht, die Gefangenen freizulassen. Sie scheint vielmehr vorzuziehen, sie wegen der billigen Arbeitskraft als eine Art Staatsklaven für sich und die Farmer zu behalten. Hoffentlich wird diesem Unfug durch den Reichstag ein Ende gemacht.“

Österreich-Ungarn.

Der 85.! Was die Wahlen in Galizien — von allem anderen abgesehen — noch ganz besonders widerwärtig macht, das ist der Umstand, daß sie sich im Schnecken tempo bis in den Juni hinein vorwärtsschleppen. War nun bisher aus diesem Lande der Korruption nichts Erfreuliches zu melden, so brachte die Larnopoler Stichwahl doch endlich einen Lichtblick in die galizische Misere: Unser Genosse Janko Ostapczuk hat aller Schlacht-schizigen-Korruption zum Trost in den Larnopoler Landgemeinden gesiegt, und mit ihm zieht der 85. Sozialdemokrat in den Reichsrat! So ist denn auch der ruthenischen Partei ihre Vertretung im Parlament des allgemeinen Wahlrechts gesichert.

Mit Wahlkandalosa aus Galizien könnte man ganze Bände füllen. Von einer Deputation aus Brzejan, Kohatyn und Chodorow (ruthenische und jüdische Wähler) wurde dem Minister des Innern Wienert u. a. folgendes vorgelesen:

... Jeder Wähler wurde von einem Polizisten ins Amtslokal geführt, wo ihm ein Magistratsbeamter eine Wahllegitimation und eine auf den Namen des Dr. Dulemba lautenden Stimmzettel überreichte! Dazu wurde meist bemerkt, andere Stimmzettel würde man nicht bekommen, da die Gemeinde beschloffen habe, für Dr. Dulemba zu stimmen! ... Da die dem Dr. Dulemba zugeordneten Stimmzettel von der Rückseite aus erkennbar waren, trakteten die Kommissionsmitglieder unter den wichtigsten Wänden, Wählern, die mit anderen Stimmzetteln versehen waren, das Wahlrecht zu entziehen. So wurde der Wähler Stach Ostrowski als „augenscheinlich noch nicht volljährig“ zur Wahl nicht zugelassen, obwohl der Vertrauensmann Kokowski sich für dessen Volljährigkeit verbürgte! Der Wähler Djas Pomeranz wurde nicht zugelassen, weil er in der Wählerliste als Spenglergehilfe verzeichnet war, die Kommission aber meinte er sei für einen „Gehilfen“ zu alt!

Daselbe Argument wurde gegenüber dem Schustergehilfen Johann Merunowicz geltend gemacht. —

Die Kommunal- und Bezirksbeamten machten während der Wahlbatter auf den Korridoren Propagandentreffen den Wählern die Stimmzettel gewaltsam und drückten ihnen andere Stimmzettel die mit dem Namen des Dr. Dulemba versehen waren in die Hand. ...

Der Minister nahm die Beschwerde entgegen und sagte zu, sofort Erhebungen zu pflegen und „nach Möglichkeit“ einzugreifen.

Die Wahlen in Galizien. Von den 106 galizischen Mandaten sind bisher 80 bekannt. Von den Gewählten sind 14 Konfessive, 2 Demokraten, 13 Nationaldemokraten, 8 fortschrittliche Demokraten, 4 Sozialdemokraten, 14 Mitglieder der polnischen Volkspartei, 9 des polnischen Zentrums, 8 der ukrainischen Partei, 2 Altruthenen, 4 radikale Ruthenen, 2 Zionisten, 4 Wilde und 1 ruthenischer Sozialist.

Rußland.
Der Schrecken. Graf Edgar Kayserling aus dem Hause Altenburg wurde auf einem Ritt in der Nähe seines Gutes Grefen bei Riga von 8 Revolutionären überfallen, vom Pferde gerissen und unter furchtbaren Mißhandlungen ermordet. — Freitag Abend wurden in der Mittauer Vorstadt zwei Schulleute erschossen. Auf Verfügung des Generalgouverneurs wurden zwei radikale lettische und die verbreitetste russische Zeitung in den baltischen Provinzen für die Dauer des Kriegszustandes unterdrückt. — Bei der Inspektion der Hafnarbeiten in Petersburg wurden Sonnabend die Ingenieure Bers und Newberg durch Revolver-schüsse getötet. Die Täter entkamen. — In Dresden wurde der Staatsanwaltsgehilfe Pfeiffer ermordet. Der Mörder, ein Arbeiter, wurde verhaftet. In Sosnowka ermordeten in der vergangenen Nacht Unbekannte einen Ingenieur.

England.
Verurteilung in Straffachen! Im Unterhaus wurde der Gelegetwurf betreffend die Errichtung einer Verurteilungsinstitution für Kriminaltaten in zweiter Lesung einstimmig angenommen. — Wann wird Deutschland endlich nachhumpeln?

Marokko.
Eine Aufsehen erregende Landung. Der „Köln. Zeitung“ ist folgende Meldung aus Tanger zugegangen: „Die französischen Kriegsschiffe „Palande“ und „Jeanne d'Arc“ trafen am 27. d. M. vor Tetuan ein. Am 28. landeten sie ohne jede Förmlichkeit bewaffnete Truppen, die in Zelten am Hafen untergebracht wurden. Den Einspruch des im Dienste des Sultans stehenden spanischen Hafeninspektors ließen sie unbeachtet. Eine Anfrage des Gouverneurs wurde dahin beantwortet, es handle sich lediglich um Einnahme von Wasser und Proviant und um Aufstellung von Scheiben im Hafen. Am Abend ritt der Gouverneur selbst zur Feststellung der Sachlage nach dem eine Stunde von der Stadt gelegenen Hafen, wo die Truppen noch liegen. Der spanische Konsul in Tetuan fuhr auf Befehl aus Tanger im Boot nach Ceuta, um mit dem dortigen spanischen Gouverneur wegen des Vorfalles zu beraten.“ — Der Hafen von Tetuan liegt in der Nähe von Ceuta, der Hauptbesitzung der Spanier an der Nordküste von Marokko. Man kann es daher sehr begreiflich finden, daß die Truppenlandung bei Tetuan die Spanier in eine gewisse Aufregung versetzt hat. Es ist aber nicht unmöglich, daß hier die Aufbauschung und Übertreibung eines an sich harmlosen Vorganges vorliegt. Jedenfalls muß man nähere Nachrichten darüber abwarten. Vorherhand erscheint es uns allerdings undenkbar, daß die französische Regierung diese Landung angeordnet hätte ohne sich vorher mit den übrigen Mächten und insbesondere mit der spanischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Die Affäre zeigt aber mit aller Deutlichkeit, eine wie große Menge von Konfliktstoffen die leidige Marokko-Angelegenheit trotz der Konferenz von Algiciras noch immer in sich birgt.

China.
Die Unruhen in Süd-China. Auf halbem Wege zwischen Amoy und Swatow hat ein Zusammenstoß zwischen den kaiserlichen Truppen und den Aufständischen stattgefunden, 700 Mann sind gefallen. Die Aufständischen haben sich zurückgezogen, doch wird erwartet, daß sie die Feindseligkeiten wieder aufnehmen werden, sobald die Truppen zurückgezogen sind. Die Aufständischen sind gut organisiert, aber schlecht bewaffnet. Plünderungen finden nicht statt. Die Fremden werden nicht belästigt. Die Ursache des Aufstandes liegt darin, daß die Beamten in den von der Hungersnot betroffenen Bezirken kein Reismehl verteilt haben. In der Stadt Tschang-Tschu, 30 Meilen von Amoy, sind Unruhen ausgebrochen. Die Bewohner flüchten nach Amoy. — Es handelt sich also bei diesen Unruhen um einen Verzweiflungsakt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 3. Juni.

Achtung, Holzarbeiter! Zuzug nach Mölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.
Travemünde. Gesperret für Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhmann.

Achtung, Maschinenisten, Feizer und Kranführer! Bei der Altonaer Kai- und Lagerhaus-Gesellschaft sind die Kranführer zum Donnerstag, 13. Juni, gekündigt worden. Befamtllich ist von seiten der Organisation im Januar eine Lohnforderung eingereicht; da Inspektor Juch erklärte, einen Ausschuss anzunehmen und mit diesem verhandeln zu wollen, so gaben sich die Kranführer, dem Wort des genannten Herrn vertrauend, hiermit zufrieden. Verschiedene Male ist der Ausschuss vorstellig geworden und erhielt dann schließlich die Erklärung, daß zu einem bestimmten Termin eine Lohnhöhung eintreten sollte. Bis heute ist dieses noch nicht geschehen, trotzdem schon mehrere Wochen über diesen Termin hinaus verstrichen sind. Ein eklatanter Beweis, welchen Wert mitunter das Wort eines Arbeitgebers hat. Der Gehregriff dieser Leute scheint nicht weit her zu sein. Weil die Arbeiter nur eine passende Gelegenheit ergriffen, um in einer Betriebsversammlung ihre Lage zu besprechen, erhielten sie am folgenden Tage folgendes Schreiben:

Herrn . . . hier.

Hiermit kündigen wir Ihnen Ihre Stellung zum Donnerstag, den 13. Juni d. J., Abends.

Achtungsvoll
Altonaer Kai- und Lagerhaus-Gesellschaft.
gez.: Juch.

Aber die Altonaer Kai- und Lagerhaus-Gesellschaft ist die Sperre verhängt. Kein Berufskollege lasse sich verleiten, dort Arbeit anzunehmen. Nur durch Fernhaltung jeglichen Zuzuges ist es möglich, dem Herrn zu zeigen, daß er auch nur ein sterblicher Mensch ist, daß seine Wärme nicht in den Himmel wachsen. Kollegen, Arbeitsbrüder! Tretet dafür mit ein, daß Euren kämpfenden Brüdern Anerkennung zu Teil wird, daß der Hochmut dieses Herrn einen kleinen Dampf erhalt.

Hoch die Solidarität!

Zentralverband der Maschinenisten
und Feizer.
Zahlstelle Hamburg.

Die Kommission der Bürgererschaft zur Prüfung des Senatsantrages betr. den Vertrag mit der Firma Paap und Christ über den Verkauf eines etwa 12 000 Quadratmeter großen Areals in Schlutup zum Zwecke der Errichtung einer chemischen Fabrik resp. Knochenmühle hat nunmehr Bericht erstattet und empfiehlt die aus vier Herren (Dr. Meyer, Fehling, H. Pape und Dr. Henau) bestehenden Mehrheit derselben die Annahme des Senatsantrages, während die Minderheit (Wade, Hahn und Dr. Wittern) zur Ablehnung der Vorlage rät. Der Kommission haben eine ganze Anzahl Gutachten vorgelegen, auch wurde eine auswärtige Knochen- und Leimfabrik befragt. Die Mehrheit der Kommission wies darauf hin, daß ein Nachweis irgend welcher Schädigungen der Schlutuper Industrie durch die geplante Anlage nicht erbracht sei, daß die Furcht der Übertragung von Verwesungsstoffen durch Fliegen auf die zu verarbeitenden Fische und der Mitteilung des üblen Geruches an die Fische unbegründet sei, wie sich denn auch bisher trotz des Bestehens der Fischdüngefabrik hiervon nichts gezeigt habe. Irigendwelche Bedenken könnten noch im Konzessionsverfahren geprüft werden. Die Kommissionsminderheit ging von dem Standpunkte aus, daß der Beweis nicht geliefert worden sei, daß Schlutup durch das neue Unternehmen keine Nachteile erwachsen würden. Sie ist ferner der Meinung, daß sich wohl ein Platz finden wird, um eine solche Fabrik aufzunehmen, ohne daß der speziell Nahrungsmittelindustrie treibende Ort Schlutup davon in Mitleidenschaft gezogen würde. Einig war man sich in der Kommission darüber, daß der Kaufpreis von 3,50 pro Quadratmeter ein angemessener ist. Abereinstimmend war man in der Kommission der Ansicht, daß Schlutup trotz des Bestehens der Fischdüngefabrik in stetem Aufstiege begriffen ist. Ebenso hat sich Schwartau trotz der Belästigungen der Fremder Knochenmühle kräftig weiter entwickelt, und Schwartaus Bedeutung als Solbad und Luftkurort ist durch sie in keiner Weise beeinträchtigt worden. — Die Kommission erledigte ihre Arbeiten in fünf Sitzungen.

Presse und Seemannsstreik. Die bürgerlichen Zeitungen bringen einen Auszug aus dem Seemannsverband eingereichten Forderungen und glauben damit nachweisen zu können, daß die vom Seemannsverband eingereichten Forderungen niedriger sind, als die jetzt schon vom Lloyd gezahlten Steuern. Nebenbei suchen sie die Sache so darzustellen, als ob in der Leitung des Seemannsverbandes die größte Konfusion herrsche und zwar so weit, daß sie nicht einmal weiß, was für Steuern beim Lloyd gezahlt werden. Wir können nur annehmen, daß diese Notizen zu dem Zwecke veröffentlicht werden, um den Seeleuten den Glauben zu suggerieren, daß in ihrer Verbandsleitung große Töffel seien. Auf diese Weise suchen sie zu erreichen, daß die Seeleute sich so schnell wie möglich wieder in das Joch zurückbegeben. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die von der bürgerlichen Presse gebrachten Zahlen dem Tarif entnommen sind, den die Bremer Mitgliedschaft an die Reeder eingereicht hat, und die Schiffe, die hier in Betracht kommen, gehören nicht zum Norddeutschen Lloyd. Warum veröffentlicht der Lloyd wohl nicht die richtigen Forderungen durch die ihm ergebene Presse? Übrigens dreht es sich bei diesem Kampfe nicht hauptsächlich um Erhöhung der Steuern, sondern es dreht sich in allererster Linie mit um hauernde Verrücktheit von Mißständen und Ungerechtigkeiten des Steuerbureaus sowie Regelung der Bezahlung von Überstunden. Außerdem aber wollen die Seeleute ein Mitbestimmungsrecht an der sogenannten Penfionskaffe haben, der Kaffe, in der die Seeleute sich von jeder verdienten Mark 5 Proz. abziehen lassen müssen. Der Trick der bürgerlichen Presse ist jedenfalls von einem Mitgliede des Reichsligenverbandes ausgeht worden. Seine Wirkungen werden verfehlen, denn die Seeleute sind in dieser Weise gesund veranlagt und gehen nicht auf jeden Leim.

Zusammenkunft der Senate der drei Hansestädte. Zu dem Sonnabend in Hamburg stattgehabten Zusammenkunft der Senate der Hansestädte trafen kurz vor 10 Uhr morgens auf dem Dammtorbahnhof ein aus Lübeck die Herren Senatoren Dr. Eichenburg, H. Eichenburg, Dr. Fehling, Dr. Stoß, Pöschel, Kulenkamp, Giers, Dr. Neumann, Dr. Werwahren, Rabe und Strack, sowie Regierungsräte Dr. Geise und Thorade, aus Bremen die Herren Bürgermeister Dr. Marcus und Dr. Barthausen, Senatoren Dr. Pauli, Dr. Deltrich, Wessels, Dr. Biff, Hilbrand, Dr. Donandt, Dr. Nebelshau, Frese, Dr. Birman, Dr. Dreyer und Raifson, sowie Senatssekretäre Dr. Schröder und Dr. Laaf. Nach der Begrüßung der Herren durch den Senat fand eine Fahrt nach Ohlsdorf zur Befichtigung des Friedhofs statt. Von Ohlsdorf begaben sich die Herren über Fuhlsbüttel und die Pennsbahn nach dem Vorsteler Jäger, wo das Frühstück eingenommen wurde. Dann wurden das Bismarck-Denkmal und

die Navigationschule besichtigt. Um 6 1/2 Uhr vereinigten sich die Herren im Rathaus zum Mittagessahl. Die Rückfahrt nach Lübeck und Bremen erfolgte nach 9 Uhr. Auf dem Rathausmarkt konzertierte von 7 1/2 Uhr an die Kapelle des Infanterie-Regiments Hamburg.

Am verschiedenen Gerichten entgegenzutreten, sah sich der Zweigvereinsvorstand der Maurer genötigt, am Sonnabend, den 1. Juni, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen; weil am Bau des Unternehmers Heidenreich, Königstr. 3, einige der dort beschäftigten Gesellen ihr Arbeitsverhältnis lösten, glaubte der Arbeitgeberverband daraus der Organisation der Maurer einen Vertragsbruch vorwerfen zu können. Da aber weder eine öffentliche noch eine geheime Sperre seitens des Zweigvereins verhängt worden ist, muß solcher Vorwurf zurückgewiesen werden. Die Versammlung nahm aus diesem Anlaß folgende Resolution an: „Die heute am 1. Juni tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer erklärt ausdrücklich, daß ein Beschluß, betr. Sperrung des Baues Heidenreich, Königstr. 3, nicht vorliegt. Insbesondere muß dagegen Verwahrung eingelegt werden, aus den Vorkommnissen bei der Arbeitsvermittlung den Schluß zu ziehen, als wenn von seiten der Organisation der Maurer eine sogenannte geheime Sperre verhängt sei“. Sollte jedoch die Lösung des Arbeitsverhältnisses von einzelnen der dort beschäftigt gewesenen Maurern in obenbenannter Weise angefaßt sein, so ist das bedauerlich und zu verurteilen. Nach alledem erklärt die Versammlung, daß ein jeder die Berechtigung hat, nach wie vor auf der benannten Baustelle in Arbeit zu treten.“ Zu bemerken ist noch, daß der Arbeitgeberverband bereits angefordert hat, wenn am Montag, den 3. Juni, der Bau nicht wieder befehrt sein sollte, er sich veranlaßt sehe, sämtliche organisierten Maurer auszusperrern.

Dem Hunger entgegen. Die Fleischpreise halten sich, trotz des Sinkens der Viehpreise, auf schwindelnder Höhe und machen den Arbeitern den Genuß des Fleisches nahezu unmöglich; zum wenigsten tragen sie ganz wesentlich zur Verminderung desselben bei. Die Schlachtermesser treten in die Fußstapfen der Agrarier, welche ebenfalls das Volk schröpfen. Nunmehr beginnen sich auch die Wirkungen des Getreidepreises, wie er unter der Mitwirkung der Nationalliberalen beschlossen wurde, unangenehm bemerkbar zu machen. Die Versammlung der Altonaer Bäckerinnung nahm folgende Resolution an: „Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Bäcker (Zwangs-) Innung Altona stellt sich durch die rapid steigenden Brotpreise wiederum veranlaßt, eine Preiserhöhung sämtlicher Brotsorten vorzunehmen resp. das Gewicht ganz bedeutend zu verringern. Die einzige Rettung wird in der schleunigen Aufhebung der erhöhten Einfuhrzölle für Getreide erblickt. Der Vorstand wird beauftragt, auf dem bevorstehenden Verbandstage darauf hinzuwirken, daß eine entsprechende Petition bei dem Bundesrat sowie dem Reichstage eingebracht wird.“ Die Versammlung beschloß ferner auf Antrag des Vorstandes, vom 15. Juni an keine 6 R und 1/2 Stück mehr für 10 Pfg. zu liefern. Zweifellos wird man auch in Lübeck die Brotpreise erhöhen, wenn das noch nicht bereits geschehen sein sollte. Die Arbeiter, die in Ermangelung von Delikatessen, Kartoffeln und Brot als hauptsächlichste Nahrungsmittel zu sich nehmen müssen, haben unter der Teuerung am meisten zu leiden; sie gehen dem Hunger entgegen, während sich die Groß-Agrarier auf ihre Kosten mästen. Arbeiter, denkt daran, daß die Mehrzahl der Herren, die in Lübeck die vereinigten bürgerlichen Parteien bilden, die Politik der Volksausbeutung gutheißt.

Verurs- und Betriebszählung. Die vom Statistischen Amte herusen Zählervereinigungen finden statt am Mittwoch, den 5. Juni, im Konzerthaus „Flora“, am Freitag, den 7. Juni, im Restaurant „Pöckenhof“, am Sonnabend, den 8. Juni im „Kolosseum“, am Montag, den 10. Juni, im Konzerthaus „Fünfhäusen“. Die ersten drei Versammlungen beginnen um 8 Uhr abends, die letzte („Fünfhäusen“) beginnt um 8 1/2 Uhr abends. Die Zählpapiere, mit deren Verteilung am Sonnabend begonnen ist, werden bis Dienstag in den Händen sämtlicher Zähler sein.

ok. Zum Seemannsstreik wird uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt: Auf dem Dampfer „Rhea“, der Neptun-Gesellschaft Bremen gehörig, haben anlässlich des Streiks der Seeleute sämtliche Matrosen und Feizer abgemustert. Der betr. Dampfer verließ gestern morgen 5 1/4 Uhr den hiesigen Hafen mit einem Zuwachs von drei Arbeitswilligen. Als Lieferant dieser Menschen fungiert, wie wir in Erfahrung gebracht haben, der Schlossermeister Stallbaum, welcher seine 3 Lehrlinge an Bord beorderte, um das Schiff nach Kiel zu bringen. Wie vereint sich dieses mit der Gewerbeordnung evtl. mit den abgeschlossenen Lehrverträgen?

Wink für die Zeit der Ausflüge. Die Zeit der Sommerausflüge ist da! Es erscheint deshalb angezeigt, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß ein pünktlicher Zugverkehr und das Vermeiden der so sehr gefürchteten Anschlupfversäumnisse nur dann möglich ist, wenn jeder Reisende seinerzeit sein Möglichstes tut, um die Eisenbahnbeamten in der prompten Zugabfertigung zu unterstützen. Vor allen Dingen sollte jeder Reisende sich frühzeitig am Bahnhof zur Fahrkartenausgabe und Aufgabe des Gepäcks einfinden, über den Preis der Fahrkarte nach dem ausgehängten Tarife sich vergewissern und das Fahrgeld abgezahlt bereit halten. Der Reisende sei darauf aufmerksam gemacht, daß es in seinem eigenen Interesse geboten ist, am Ausgangsort der Reise gleich eine zweite Fahrkarte zur Rückfahrt zu lösen, sofern er am gleichen oder am darauffolgenden Tage die Rückreise antreten will. Durch Benützung dieser Einrichtung schafft er sich die Gewißheit, mit dem für die Heimreise gewählten Zuge fortzukommen und den Schalterbeamten Arbeitserleichterung. Dabei sei besonders darauf hingewiesen, daß die Fahrkarte für die Rückreise auch gelöst werden kann, wenn diese von einer anderen Station, als die Zielstation des Hinwegs angetreten wird. Der Reisende kann die Fahrkarte zur Rückfahrt auch dann gleichzeitig lösen, wenn er zur Rückfahrt eine andere Wagenklasse als zur Hinfahrt benützen will. Nachdem für Gesellschaftsfahrten eine Fahrpreismäßigung nicht mehr gewährt wird, glaubt mancher Verein, eine Anmeldung sei nicht mehr nötig. Die Bahnverwaltung ist jedoch nur dann in der Lage, das erforderliche Wagenmaterial in die Züge einzustellen, wenn die Vereinsvorstände die Anzahl der Teilnehmer und die für die Hin- und Rückfahrt zu benützenden Züge, sowie die Wagenklasse rechtzeitig, wenigstens einen Tag vorher, bei der Abfahrtsstation des Heimatortes bekannt geben. Also auch fernerhin alle Ausflüge wie früher dem Stationsvorstand rechtzeitig anmelden! Das Einfinden in den Zug, über dessen Aufstellung man sich rechtzeitig an der Fahrplantafel unterrichtet, sollte ohne Suchen nach ganz freien Abteilungen geschehen, und hierbei den Anweisungen des Zugpersonals Folge geleistet werden.

Wilhelm-Theater. Die morgige Erst-Aufführung von R. W. Röttgers Lustspiel „Studentenliebe“ verspricht einen höchst interessanten Abend. Ein lebenswüdriges, munteres Bild aus dem Leben einer Universitätsstadt hat der Autor mit tiefem und frischem Humor gezeichnet. Von Anfang an belebt eine sonnige Fröhlichkeit die Szene, die ununterbrochen bis zum Schluß anhält.

Menschen. Einen schönen Verlauf nahm das gestern hier abgehaltene Sängerkonzert des Arbeiter-Sängerbundes für das Fürstentum Lübeck. In demselben beteiligten sich sämtliche Arbeiter-Sängervereine des Fürstentums. Um 2 Uhr fand unter Begleitung zweier Musikkapellen ein Festzug durch die festlich geschmückten Straßen des Ortes statt. Nach der Rückkehr entwickelte sich ein reges Leben und Treiben in dem Sternbergischen Lokale. Die Sänger brachten unter Leitung des Herrn Heinrich Jäde-Schwartau 4 Chorlieder exakt zu Gehör. Dann folgten Sololieder, die gleichfalls sehr gut anfielen. In feurigen Worten wies Genosse Stellung-Lübeck auf die Bedeutung des Festes hin. Nach Erledigung des Programms trat der Tanz in seine Rechte.

Wismar. Der arbeiterfeindliche Standpunkt kommt bei dem Besitzer der hiesigen Waggonfabrik immer krasser zum Vorschein. Wegen ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterorganisation wurden am Freitag 33 Arbeiter, 22 Hafenarbeiter und etwa 15 Arbeiter, die dem Fabrikarbeiterverband angehören, plötzlich entlassen, weitere Entlassungen sollen folgen. Die im „Gewerboerein“ (Hirsch-Dunker) organisierten Arbeiter können in der Arbeit bleiben. Ob aber Bodeus sich mit seiner Taktik nicht in die Messen legt, wird die Zeit lehren.

Bilow. Zum Gesinde-Unrecht. Vor dem Schöffengericht in Bilow in Mecklenburg wurden am Dienstag, wie wir unserem Rostocker Bruderorgan entnehmen, einige Fälle verhandelt, die von der Rechtlosigkeit der ländlichen Arbeiter in Mecklenburg bereites Zeugnis ablegen. Angeklagt war im ersten Fall der Tagelöhner Renbassch aus Selow wegen „Dienstvergehens“. Der Angeklagte wohnte mit seiner Frau zu Kurzen-Trechow. Er erklärte, er habe 1 Mark 20 Pfennige pro Tag verdient, er habe alles taufen müssen, er hätte zweifellos noch mit seiner Frau und den vier Kindern verhungern und erfrieren müssen. Er sei deshalb zu R. von Plessen gegangen und habe ihn gebeten, er möchte ihm doch den Entlassungsschein geben. Dieser habe ihn jedoch fortgelagt. Er sei abermals zu R. v. Plessen gegangen und gebeten, er möchte ihm den Schein geben. R. v. Plessen habe ihn gepackt und dreimal gegen die Wand gestoßen. Dann sei er mit seiner Frau und Kindern nach Selow gegangen zu dem Erbpächter Ellenberg. Der habe sich seiner erbarmt, er habe ihm Wohnung und Feuerung, Essen und Trinken gegeben. Der Rechtsanwalt wollte die Strafverfügung von 10 Mark aufrechterhalten wissen. Das Gericht erkannte auf fünf Mark Geldstrafe. — Es wurde dann verhandelt gegen den Erbpächter Ellenberg aus Selow wegen Übertretung der „Dienstverordnung“. Diese sollte darin liegen, daß er aus Milderkeit den Renbassch ohne Entlassungsschein in Arbeit genommen hatte. Er erhielt eine Strafverfügung von 15 Mk., weil er die Familie Renbassch ohne Entlassungsschein in seinem Hause aufgenommen habe. Der „Mißgeplagte“ richtete sich mit scharfen Worten gegen den schlechtesten Verdienst, den der Arbeiter R. zu Kurzen-Trechow verdient habe. Mit 1 Mk. 20 Pfg. könne die Familie nicht auskommen. Die Frau habe außerdem gemolken und dafür habe R. v. Plessen pro Tag 14 Pfg. bezahlt. So was sei ihm noch nicht vorgekommen! Die Familie sei verhungert und erfroren bei ihm angekommen! Den Kindern seien die Behen erfroren gewesen, seine Frau hätte die arme Familie erst wieder kurtiert. Abweisen habe er die Familie als Mensch nicht können. Der Rechtsanwalt stellte die Verurteilung in das Ermessen des Gerichts. Das Gericht erkannte auf eine Mark Geldstrafe gegen den mildtätigen Erbpächter. Und gegenüber solchen himmelstreichenden Zuständen reden die Agrarier — v. Bülow an der Spitze — von dem Werten der Gerechtigkeit und „christlichen Nächstenliebe“ in Deutschland! Die empörenden Zustände insbesondere auf dem Lande in Deutschland sind eine nationale Schande, die zur Empörung gegen ihre Ursacher treiben müssen.

Schwerin. Deutschtum heißt Kultur. Die preußische Lehrerezeitung gibt über die ritterlich-schulhäuser in Mecklenburg folgende Zusammenstellung: Nach einer gesetzlichen Verordnung vom Jahre 1821 soll jeder Schulort eine abgesonderte, zu keinem fremdartigen Zwecke dienende Schulstube nebst der erforderlichen Wohnung des Lehrers haben. Trotzdem findet sich in vier Schulorten überhaupt kein Schulhaus. Schon oft hat die Regierung versucht, im Landtag die Bestimmung durchzubringen, daß jeder Schulort ein eigenes Schulhaus haben müsse, aber ohne Erfolg. Wo sollten dann in 194 Orten, d. i. 33 Prozent, die Tagelöhner und Deputatisten bleiben, die mit dem Lehrer unter einem Dach wohnen, stellenweise gar Haustür und Flur mit ihm teilen? Rund 14 Prozent der Schulhäuser haben weiche Bedachung, 70 Prozent haben nur 3 bis 4, d. i. 19 Prozent, nur 2 und 7 sogar nur 1 Zimmer und einige Kammern. Mit den Nebenzimmern ist es ähnlich, 282, d. i. 58 Prozent, haben keinen Keller, 108 auch keine Speisekammer. Die Beschaffenheit der Räumlichkeiten spottet an vielen Orten jeder Kritik. „Mit Ziegelfestern geklastert“, „nicht tapeziert“, „klein und niedrig mit winzigen Fenstern“, die bei ihrer delikaten Beschaffenheit oft das Öffnen nicht mehr gestatten, „total verfallen“, „fustalt und ungefund!“ So oder ähnlich lauten also die Klagen vieler Lehrer. Von einer Wohnung berichtet der Inhaber: „Da Schweine- und Küställe unmittelbar an der Wohnstube liegen und die Fauche oft die Diele entlang treibt, so kann man nicht gerade behaupten, daß die Wohnung den hygienischen Anforderungen genügt.“ Wie mit den Lehrerwohnungen, so ist es auch mit den Schulzimmern. Während man anderswo danach trachtet, die Schulräume zeit- und gesundheitsmäßig auszugestalten, damit der Schüler Sinn für das Schöne gewedt und gepflegt und das Schulzimmer ein Raum wird, in welchem die Schüler sich wohl fühlen können und fühlen, haben die Ritter auch hierin ihre eigenen eigentümlichen Gedanken und Ansichten. Mehr als die Hälfte der Schulzimmer ist niedriger als 3 Meter (bis 2 Meter), und in mehr als der Hälfte kommt auf das Kind ein Flächenraum von mehr als einem Quadratmeter (60 weniger als 1/2 Quadratmeter). In 176 Schulen ist der Fußboden aus Steinen, Zement oder Asphalt. Undichte Türen und Fenster, schlechte Ventilations- und Lichtverhältnisse sind keine Seltenheiten. Aborte für die Schüler gibt es in einem Drittel sämtlicher Schulorte überhaupt nicht, getrennte für Knaben und Mädchen an sehr wenig Orten.“ Nach einem Wort Wilhelms II. sind in Ostpreußen manche Arbeiterwohnungen schlimmer als Schweineställe, in Mecklenburg, dem Paradies der Junker, sind gar die Schulen schlimmer als Schweineställe!

Kiel. Die abgehaltene Hand-Bienwalds spielte in einer Verhandlung gegen die Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen Kiels, Genossin Niendorf eine Rolle. Die Genossin sollte sich gegen das Vereins- und Versammlungsrecht vergangen haben. Außerdem war der Arbeiter Lindenau wegen Beleidigung der Polizei angeklagt. Am 28. Februar fand eine öffentliche Frauen-Versammlung statt, in der Genossin Fiez-Hamburg referierte. Die Polizei war an diesem Abend mit einem größeren Aufgebot an Beamten vertreten. Diesen Vorfall be sprach die Referentin

Bauern-Butter Pfd. 1,10-1,15 Mt., Melerei-Butter Pfd. 1,25 Mt., Hagen - Mt., Enten - 2 - Mt., Hühner 1,70-2,20 Mt., Ruten Stk. - Mt., Lauben Stk. 0,55 bis 0,60 Mt., Gänse Pfd. - Mt., Fische - Mt., Schweinekopf Pfd. 0,45 Mt., Schinken Pfd. 0,95-1,05 Mt., Wurst Pfd. 1,25-1,30 Mt., Eier 9 Stk. 60 Pfg., Karpfen Pfd. - Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00-2,00 Mt., Marantischen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mt., Heringe 3 10 Pfg., Dorsche wenig, Brachsen Pfd. - Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,30-0,40 Mt., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pfd. - Mt., Pfäumen, pr. 100 Pfd. - Mt., Kirschen Pfd. - Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. - Mt., Gurken 100 Pfd. - Mt., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 6,00 Mt., Kohl, 100 Pfd. - Mt., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter 70-80 Pfd.

Steruchanz-Viehmarkt

1. Juni.

Der Schweinehandel verlief außerordentlich reger. Zugeführt wurden 1659 Stück, davon vom Norden - Stück, vom Süden - Stück. Preis: Verbandschweine schwere 51-53 Mt., leichte 54 Mt., Sauen 40-45 Mt. und Ferkel 50-53 Mt. pro 100 Pfund.

Literarisches.

„Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. 17 Bände à 30 Pfg. Von diesem Werk sind bis jetzt die ersten drei Lieferungen erschienen. Aus dem Inhalt nennen wir: 1. Kapitel: Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. 2. Kapitel: Berlins Arbeiter in den Märztagen. 3. Kapitel: Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos. 4. Kapitel: Der erste Berliner Arbeiterkongress und sein Werk. 5. Kapitel: Die Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe. Der Verfasser schildert unter Verbeugung reichen Urkundenmaterials die Zeit der 48er Revolution und die Anteilnahme der Arbeiter an dieser Bewegung. Mit großem Interesse wird der Leser die Schilderungen der Barrikadenkämpfe verfolgen. Er sieht die damaligen Volksversammlungen mit ihren Forderungen und ihren Rednern und gewinnt ein lebhaftes Bild der Zeitverhältnisse. Bernstein schildert, wie langsam und mühevoll agitiert und organisiert werden mußte, um Berlin zu der Hauptstadt der sozialistischen Welt zu machen. Bestimmungen auf das in Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Werk nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur entgegen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

und fragte: „Was wollen denn die vielen Schußleute?“ Aus der Versammlung erscholl darauf der Zwischenruf: „Handabbhacken“. Diesen Zwischenruf sollte Lindenau gemacht haben. Die Genossin Lindenau als Vorsitzende der Versammlung soll sich dann gewiegert haben, dem Verlangen des überwachenden Beamten, Namen, Stand und Wohnung der Redner festzustellen, nachzukommen. Genossin Lindenau behauptete, daß es ihr trotz allen Bemühens nicht möglich gewesen sei, näheres über die Person der Redner zu erfahren. Genosse Lindenau gab zu, „Handabbhacken“ gerufen zu haben. Das Gericht verurteilte L. zu 15 Mt. Geldstrafe wegen Verleumdung der Polizei und sprach Frau L. frei.

Lübeck. Die Barbiergeschillen Kleis sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Innung, der Freien Vereinigung und dem Klub der selbstständigen Barbier haben sie die Forderungen auf 22 Mt. Wochenlohn und Aufhebung des Kost- und Logiszwanges eingereicht.

Köln. Die Verurteilung des Genossen Emil Groth fand gestern unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung statt. Am Tage nahmen reichlich 4000 Personen, darunter viele auswärtige Deputationen, teil, während viele Tausende Spalter bildeten. Unter den weihewollen Klängen des Choralischen Trauermarsches legte sich der Zug vom Sterbehause nach dem Friedhofe in Bewegung. Nach der Ankunft am Grabe sang ein Sängerkorps als Abschiedsgruß das Lied: „Ein Sohn des Volkes“. Dann kehrte die ungeheure Menschenmenge zur Stadt zurück mit dem Bewußtsein: Ja, sie haben einen guten Mann begraben; und uns war er mehr! Ein Begräbnis, wie das des Genossen Groth hat Köln noch nicht gesehen. So ehrt das Volk seine Toten.

Bremen. Vom Seemannsstreit. Die Direktion des Norddeutschen Lloyd hat zur Einschüchterung der streikenden Seeleute folgenden Maß losgelassen: „Die Schiffsmannschaften des Norddeutschen Lloyd, welche infolge des von der Leitung des Deutschen Seemannsverbandes proklamierten Streiks ihren Dienst gekündigt und ihre Abmusterung auf unseren Schiffen verlangt haben, werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Abmusterung wieder zur Anmusterung zu melden, widrigenfalls sie in unseren Listen endgültig gestrichen werden.“ Der Norddeutsche Lloyd wird sehr zufrieden sein, wenn er nach Beendigung des Streiks seine alten Mannschaften wieder erhalten kann.

Aus der Frauenbewegung.

Der Sieg in Österreich. Einen Artikel in der „Gleichheit“ über die Wahlen in Österreich schließt die Genossin Kopp mit folgenden Sätzen: „Die Genossinnen sind im Wahlkampf mit beispiellosem Fleiße tätig gewesen, gleich aufopfernd bei der Agitation nach außen wie auch bei der Kleinarbeit. Der Sieg der Sozialdemokratie ist auch ihr Sieg. Jetzt heißt es weiterarbeiten, um bei den Stichwahlen neue Erfolge zu sichern. Manche Feinde des Proletariats in Österreich haben aufgegeben, als am 25. Januar die organisierten Arbeiterfeinde in Deutschland ihre Jubelhymnen anstimmten. Sie sahen das verächtliche „Niederreiten“ der Sozialdemokratie als gutes Zeichen für den Ausfall des Wahlkampfes in Österreich. Sie haben zu früh frohlockt.“

Sie haben mehr verloren, als die Sozialdemokratie je verlieren kann. Bürgerliche Parteien können zerschmettert werden, wie unser Wahltag zeigt. Die Sozialdemokratie aber ist unbesiegt, sie kann wohl geschlagen werden, aber nur, um bald darauf um so stolzer ihr Haupt zu erheben. Der Sieg der Sozialdemokratie in Österreich ist ein Sieg des Klassenbewußten internationalen Proletariats.

Die Dienstofffrage in Japan. Als Beispiel für die rapide Entwicklung Japans dient folgender Artikel in der „Japan Chronicle“ vom 28. März, in dem auf die große Anzahl, sich von Tag zu Tag mehrenden Annonzen betr. Hauspersonalen hingewiesen wird: Vor Jahren sei das Gejō (Mädchen für alles) ein Modell der häuslichen Sklaverei gewesen. Jetzt haben die Fabriken und Spinnereien ihre Tore geöffnet, und trotzdem lange Arbeitszeit und niedrige Löhne in diesen vorherrschend sind, ziehen es die japanischen Landmädchen vor, in diesen zu arbeiten. Der Schreiber erklärt, daß die graduelle Verbreitung der Bildung in Japan neue Ideen persönlicher Freiheit mit sich gebracht hat, und sogar das ärmste Weib weigert sich, länger als Hausflane benutzt zu werden. So schreitet die Welt voran, mitten durch die Pfade des Kapitalismus.

Wilhelm-Theater.

„Die Gondottieri“, eine Renaissance-Komödie in 4 Akten von Rudolf Herzog. Herzog ist ein vielgelesener Roman- und Dramatiker; als dramatischer Autor hat er sich unseres Wissens mit den „Gondottieri“ den ersten Erfolg errungen. Sicherlich ist diese Komödie kein Meisterwerk, aber sie interessiert immerhin. Gondottieri nannte man die Anführer der italienischen Söldnerheere. Herzog schildert das Ende Colleonis, des mächtigsten Gondottieris der venezianischen Republik. Die Sprache des Dramas weist mancherlei Schönheiten auf; von Handlung ist nicht sehr viel zu verspüren. Sehr wirkungsvoll ist die Szene, in welcher der sterbende Colleonis vom Rat der Zehn für sich ein Denkmal fordert. Die Komödie enthält eine sehr schwere, aber auch sehr dankbare Rolle, nämlich die des Colleonis. Herr Braß beherrscht dieselbe meisterlich und schuf eine Gestalt, die imponierend und erschütternd zugleich wirkt. Von den übrigen Mitspielern seien besonders erwähnt die Damen Hertmann und Cammann sowie die Herren Pfundt und Falk. Das Publikum, das gestern im Wilhelm-Theater geknirscht in drangvoll fürchterliche Enge der Vorstellung bejubelte, spendete reichen Beifall. Schade, daß man die Pausen über Gebühr ausgedehnt hatte und dadurch die Stimmung zerriß. Zu Anfang wurde der lustige Einakter „Eine vollkommene Frau“ sehr flott gegeben. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreideweise. Lübeck, 1. Juni. Weizen, 127-132 Pfd. holl. 203-208 Mt. Roggen 118-123 Pfd. holl. 200-204 Mt. Hafer nach Qualität 193-200 Mt., hochfein über Poliz. Gerste, nach Qualität 175-180 per 1000 Kilo.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

H. T. V.

Vorstandssitzung Dienstag abend 8 1/2 Uhr.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter wurden hoch erfreut A. Tornow und Frau.

Heute morgen 1 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater Joachim Heinrich Dettmann im 85. Lebensjahre. Tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von den Hinterbliebenen. Lübeck, den 2. Juni 1907. Lützowstraße 38.

Catharina Dettmann, geb. Höppler, Joachim Dettmann und Frau, Heinrich Dettmann und Frau.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., vorm. 10 1/2 Uhr, von der Kapelle des Allg. Gottesackers aus statt. Trauerf. 10 1/2 U.

Ein dünnernd Hoch für August Kasten an sin Frau, un denn nien Sozi, nu nu rah Du.

Zu vermieten eine Stube u. Küche nebst Laden. Näheres Reiferstraße 43, pt.

Ein freundl. Logis zu vermieten Glandorfsstraße 4, III.

Gesucht zu sofort oder später ein kräftiger Hausknecht. Wilhelm Süke, Warenorpsstraße 25.

Händler für den Kleinvertrieb von **Postkarten** gesucht. **Guter Verdienst.** Näheres in der Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein Haus mit 2 Wohnungen vorm Holthor-Nord. Matler vertreten. Off. u. S D 35 an die Exp. d. Bl.

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte. Waisenhoffstraße 25.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldschmied, arbeit. Fünfhaus 13

Die ganz frische **Soßbutter** kostet von heute ab das Pfund nur 1 Mt. 10 Pfg. Heiar. Wischendorf I, Königstraße 88.

Ein Schattenbilder-Apparat zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisang. u. S 15 an die Exp. d. Bl.

Ein fast neuer moderner Kinderwagen billig zu verkaufen. Näheres in der Exp. d. Bl.

Große Schuhwaren-Auktion.

Am Dienstag, den 4., Mittwoch, den 5., und Donnerstag, den 6. Juni, sollen im

Konzerthaus Fünfhausen

Anfang morgens 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr, für Rechnung wen es angeht, für circa

9000 Mark Schuhwaren

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung durch den Unterzeichneten versteigert werden. Machen besonders Händler und Wiederverkäufer hierauf aufmerksam; es kommen

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel u. Schuhe

in verschiedenem Leder zum Aufgebot.

J. C. B. Schmehl, Auktionator und Taxator.

Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

- Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren, geb. Mt. 2,50
- Bebel, Ländliche Arbeiterfrage, " " 2,50
- Bebel, Charles Fourier, " " 2,50
- Stern, Philosophie Spinoza's " " 1,-
- Kautsky, Das Erfurter Programm, " " 2,50
- Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, " " 2,-
- Stepniak, Der russische Bauer, " " 2,50
- Mehring, Die Lessing-Legende, " " 3,50
- H. Lux, E. Cabet und der itarische Kommunismus " " 2,-
- Plechanow, N. G. Tschernischewsky, " " 3,-
- Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft " " 3,-

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46.

Transportarbeiter-Verband.

Ausflug per Dampfer nach Ober-Büßau

(Lokal des Herrn H. König)

am Sonntag, den 9. Juni 1907.

An dem Fest beteiligt sich der „Arbeiterverein Moorgarten“.

Abfahrt vom Trave-Pavillon präzis 1 1/2 Uhr. Rückfahrt 9 Uhr.

Preis à Person 60 Pfg., Kinder über 6 Jahre 10 Pfg.

Schluß des Kartenvverkaufs am Donnerstag, den 6. Juni.

Kinder- und Sportwagen dürfen auf dem Dampfer nicht mitgeführt werden.

Das Komitee.

Empfehle meinen

Rasier- u. Haarschneide-Salon.

Rasierer 10 Pfg., Haarschneiden 30 Pfg. Auch Anfertigung von Haararbeiten. Raufe jederzeit ausgekämmte Haare.

Wilh. Drews, Friseur,

4 Engelstraße 4.

Uhreder einsetzen 1,50 Mk. Taschenuhr reinigen 1,50 Mk. 1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher

Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße



Hochfeine

neue Matjes

Neue Kartoffeln Pfd. 16 Pfg. Rote Lubecanarkeln.

Fischhalle „Hansa“,

Fünfhausen 33.

Lübecker Vereins-Brauerei

Kontor, Anstufsstelle: Breitestraße 53, I.

Fernsprecher 1172.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. (Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-48

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht über den Ausflug nach Hamburg am 16. Juni.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Wilhelm-Theater.

Dienstag: 22. Abonnements-Vorstellung.

Studentenliebe. Lustspiel in 4 Akten von Nöttinger. Mittwoch: Die Gondottieri.

Von der Fleischerei-Berufsgenossenschaft.

Der Bericht dieser über ganz Deutschland sich erstreckenden Berufsgenossenschaft ist als „erster“ erschienen. Die große Mehrzahl unserer Berufsgenossenschaften braucht für Fertigstellung ihrer viel dürftigeren Berichte schon noch mehrere Monate.

Der Bericht erklärt, daß die Wahl von 70 Vertrauensmännern vorgenommen werden mußte. Die Erswahlen sind wie seither auf Grund der Vorschläge der Innungen, Behörden usw. vorgenommen worden. Die Unternehmerorganisation hatte also gute „Verständnis“ mit ihrer „Schwesterorganisation“ — Berufsgenossenschaft. Und trotzdem ein Wahlprotest! „Zusolge der Veröffentlichung der Wahlen sind von einigen Handwerkskammern Vorstellungen ergangen, warum Fleischer, die nicht zur Führung des Meistertitels berechtigt sind, zu Vertrauensmännern bestellt worden seien. Es mußte denselben erwidert werden, daß von den Innungen selbst, welche die Vorschläge gemacht hatten, die betreffenden Genossenschaftsmitglieder als Fleischermeister bezeichnet worden seien, und deshalb kein Anlaß vorgelegen habe, in eine weitere Prüfung einzutreten! „A! ei! Das ist ja eine schöne Mamage für die brave Innung. Womöglich haben diese sogar „Obermeister“, welche gar kein Recht haben, den „stolzen Meistertitel zu führen“.

Verichert waren:
im Jahre 1905 . . . 53 175 Betriebe mit 101 492 Versicherten
1906 . . . 56 317 „ „ 108 145
somit mehr . . . 3 144 Betriebe mit 1 713 Versicherten

Die Zahl der Vollarbeiter ist höher: 125 493 (123 108). Der Bericht konstatiert die wesentliche Zunahme der versicherten Betriebe und beanstandet, daß die Zahl der versicherten Personen „nicht in einem entsprechenden Verhältnis“ steht. „Es kann angenommen werden, daß dies seinen Grund in der ungünstigen Geschäftslage des Fleischergewerbes hat, doch wird in der Folge ein besonderes Augenmerk darauf zu richten sein, ob die Betriebsunternehmer hinsichtlich der Nachweisung der versicherten Personen in vollem Maße nachkommen.“ Da liegt der Dase im Pfeffer! Es fällt auf, daß auf einen versicherten Betrieb nicht einmal 2 Arbeiter entfallen. In früheren Berichten hatte man die enormen Mängel der Herren Fleischermeister viel deutlicher gekennzeichnet. Diesmal ist man viel „vorsichtiger“ geworden, um dem „Ruf der Genossen“ nicht zu schaden. Der Bericht konstatiert nur, daß 5 163 preussische Ortschaften auf das Vorhandensein von versicherungspflichtigen, aber noch nicht angemeldeten Betrieben kontrolliert worden sind. Diese umfangreiche „Razzia“ hatte Erfolg; denn es stellte sich heraus, daß auch heute noch in 1 696 Orten 2 624 unangemeldete Betriebe ermittelt werden konnten. Ein kluger Gedanke war es auch, sich der Unterstützung in dieser Frage durch die Schlauchpfeiferaktionen zu bedienen. Dadurch wurde mancher „Drückeburger“ ermittelt. Viele Meister weigern sich auch aus Unkenntnis, die von ihnen beschäftigten Verwandten wie Söhne, Töchter, Brüder oder Schwestern zur Berufsgenossenschaft anzumelden.

„Wohltuend“ wurde „ein Schreiben eines Gewerkschaftsleiters beantwortet, daß die Genossenschaft den Bestrebungen zur Förderung der Arbeiterwohlfahrt stets Interesse entgegenbringe.“ Donnerwetter! Aber organisieren dürfen sich die Versicherten nicht.

Zu der Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung deutscher Berufsgenossenschaften“ hat die Fleischerei-Berufsgenossenschaft natürlich auch ein Scherlein in Höhe von 3000 Mark beigetragen. Das Reichsversicherungsamt genehmigt ja solche Stiftungen, die man auch in „Einklang“

mit den klaren Bestimmungen des Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetzes bringen kann, wenn man eben dies — will! Dann „geht alles“. Krankenkassen sollten aber dies einmal wagen. Nicht einmal ihre Kongresse dürfen sie auf Kostenkosten beschließen!

Von der geplanten Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze will die Fleischerei-Berufsgenossenschaft absolut nichts wissen. Es wurde beschlossen: „mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Unfallversicherung mit keinem anderen Versicherungszweige vereinigt werde und die Berufsgenossenschaften in ihrer derzeitigen Organisation erhalten bleiben!“

Daß „die Selbstverwaltung der gewerblichen Berufsgenossenschaften, die sich durchaus bewährt hat, nicht beeinträchtigt werde.“ Das ist ja die Hauptsache: daß ja kein Geselle in die Geschäfte der Meister hineinzureden hat, denn er ist ja „nur ein Versicherten“. In ihren „Reformvorschlägen“ geht die Berufsgenossenschaft sogar so weit, zu fordern, „daß die sogenannten Vorbescheide in Wegfall kommen, oder ein Verfahren vorgeschrieben werde, das nicht einer förmlichen Aufforderung zu Einwendungen und Berufungen gleichkomme, wie es derzeit der Fall ist!“ Aha! Die verflixte Rechtsbelehrung auf den Rentenbescheiden liegt den Herren sogar im Magen! „Praktischer“ wäre es jedenfalls, die „gesetzeskundigen“ Verletzten einfach auf die betreffenden Paragraphen des Gesetzes hinzuweisen, statt ihnen auch mal ausdrücklich die Berufungsfreiheit und — sogar den Namen und Adresse des Schiedsgerichts anzugeben, wodurch ja „förmlich“ aufgefordert wird, die Berufung einzulegen! Trotzdem stehen die Herren Meister der „Arbeiterwohlfahrt“ sehr „sympathisch“ gegenüber! Kosten darf es natürlich nichts.

Zum Titel: „Unfallverhütung“ wird bemerkt, daß endlich ein dritter Aufsichtsbeamter eingestellt wurde. Man denke, daß drei Beamte ganz Deutschland bereisen sollen und 56 319 Betriebe „kontrollieren“ sollen! Und dabei hat die Berufsgenossenschaft noch den Mut zu behaupten, daß jetzt dem allgemeinen Bedürfnisse abgeholfen sei, weil die „Revisionsstätigkeit vermehrt“ wurde, zumal „die Zahl der Betriebe mit elementarer Kraft von Jahr zu Jahr sich mehr und mehr in Hand damit auch die Aufstellung gefährlicher Maschinen, wie Fleischzerkleinerungsmaschinen usw. zunimmt.“ Trotzdem genügen jetzt drei Beamte vollaus. Aus dem Bericht der Aufsichtsbeamten erfahren wir, daß dieselben im Geschäftsjahre ganze 2 022 Betriebe gleich 3,6 Prozent der versicherten Betriebe „besichtigt“ hatten! Mehr als 54 000 Betriebe haben also im Berichtsjahre gar keinen Revisionsbeamten gesehen? Und der Erfolg dieser wenigen Besichtigungen? „Lakonisch“ meldet der Beamte: „115 Betriebe wurden ordnungsmäßig befunden!“ Das liest sich besser als wenn er gemeldet hätte: von den 2 022 besichtigten Betrieben hatten 1 907 Mängel aufzuweisen! Es werden wohl die „vorgefundenen Mängel“ der Betriebe aufgezählt, doch die Gesamtziffer verschwiegen. Zählt man diese Leporelloliste zusammen, so stellt sich heraus, daß die Beamten in den 2 022 besichtigten Betrieben 7 742 Mängel, also Verstöße gegen die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften, die gewiß sehr zahlreich gehalten sind, festgestellt haben! Auf den einzelnen Betrieb kommen also durchschnittlich fast vier Beanstandungen! Wie mag es da erst in den 54 000 anderen Fleischereibetrieben aussehen! Die aufgeführten einzelnen Mängel sind in der größten Zahl: „Fehlen der Unfallverhütungsvorschriften in 1 167 Fällen“, „Fehlen der Handläufe an Treppen: 794 Fälle“, „Ungeschützte Zahngetriebe: 557 Fälle“, „Fehlen des Einlaufschutzes bei Wälzen: 724 Fälle“, „Ungeschützte Schwingeäder usw. 283 Fälle.“ „Fehlen der Ausrüstvorrichtung an Arbeitsmaschinen: 566 Fälle“, „Fehlen des Verbandmaterials: 489 Fälle“! usw. Der Beamte bedauert: „daß trotz der eingehenden Belehrung bei den Besichtigungen und Strafandrohung die Mitteilungen über die erfolgte Beseitigung der Mängel nicht in wünschens-

wert: Weise eingehen, sondern daß ungefähr die Hälfte der revidierten Unternehmer daran erinnert werden mußten.“ Und dabei ist das Papier so geduldig! Wie viele müßten die Mängel gar nicht beseitigt haben! Weiter wird kritisiert: „Noch nicht genügend wird die Vorschrift beachtet, daß jugendlichen Personen die Wartung von gefährlichen Arbeitsmaschinen nicht übertragen werden darf.“ Ja, die „Vorschrift!“ Auch eine „anonyme Anzeige“ sei über „mangelhafte Einrichtung von Schlafräumen“ eingegangen. Dieselbe „wurde dem Vertrauensmann, der gleichzeitig Beauftragter der Handwerkskammer war, überwiesen; derselbe teilte mit, daß die Beschwerde unbegründet sei.“ Punktum! So werden die Beschwerden „glatt erledigt“!

Gemeldet wurden im Berichtsjahre: 4020 Unfälle, wovon 1117 entschädigungspflichtig wurden, darunter 20 die tödlich verlaufen sind. Die entschädigten Fälle wurden im Bericht näher statistisch beleuchtet. Nach dem Alter verteilt, stellt sich heraus, daß unter 16 Jahre 108 Verletzte, unter 18 Jahre 220, unter 25 Jahre 689, unter 30 Jahre 825 Verletzte waren. Im Alter über 65 Jahre treffen wir nur noch 10 Verletzte an. Im Durchschnitt erhielt jeder entschädigte Verletzte 24 Proz. Rente.

Es ereigneten sich:
Sonntags: 41 Unfälle Donnerstags: 182 Unfälle
Montags: 177 „ Freitags: 192 „
Dienstags: 186 „ Sonnabends: 164 „
Mittwochs: 173 „

Vormittags 516, nachmittags 601 Unfälle.

Berechnet man die großen Lohnsummen der Fleischergesellen per Kopf der Versicherten, was der Bericht wohlweislich unterläßt, so stellt sich heraus, daß der Durchschnittslohn eines Fleischergesellen pro Jahr 7 85 M. beträgt. Preussische Einkommensteuer hat also die große Mehrzahl der Arbeiter dieser Branche noch nicht zu zahlen. Der „hohe“ Lohnsatz erklärt auch, weshalb die Organisation der Fleischergesellen so große Schwierigkeiten zu überwinden hat. Der Vorherrscher der Berufsgenossenschaft erhält 3 500 M. „Entschädigung“. Von den eingelegten Berufungen wurden 406 zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 127 zugunsten der Verletzten entschieden. Auch das Reichsversicherungsamt brachte es fertig, 86 Rekurse zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 21 zugunsten der Verletzten zu „erledigen“. Das ist das fabelhafte „Glück“ unserer Berufsgenossenschaften! Ja die Fleischerei-Berufsgenossenschaft hat — „Schwein“!

Soziales und Parteileben.

Wozu die vielen Soldaten gebraucht werden. Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Königsberg: Der von den ostelbischen Junkern selbst verursachte Mangel an Landarbeitern macht sich bekanntlich in jedem Jahre zur Erntezeit recht fühlbar. Früher mußte daher so mancher herrschaftliche Großgrundbesitzer oder größerer Bauer wenigstens im Sommer die gewohnte brutale Behandlung seiner Landarbeiter etwas einschränken, um sich wenigstens zur Erntezeit die genügenden Arbeitskräfte zu erhalten. Nachdem den Gutsbesitzern aber infolge ihrer Notizreihe über Leutenot von den Militärbehörden von Jahr zu Jahr mehr Soldaten als Erntearbeiter bereitwillig zur Verfügung gestellt werden, lassen die Agrarier auch diese Rücksicht fallen. Sie lassen ihrem Herreninstinkt die Zügel schiefen und werfen auch im Sommer, sogar zur Erntezeit, ganze Familien plötzlich auf die Straße. Fast auf jedem Gut stehen auch in diesem Sommer einige Jütmannswohnungen leer. Die notwendigsten Feldarbeiten besorgen ja, wenn auch mangelhaft, die Polen, Galizier oder sonstige Ausländer. Bisher erhielten zwar nur die großen und einflußreichen Rittergutsbesitzer, die möglicherweise Beziehungen in Offizierskreisen hatten, mit Bestimmtheit und vorzugsweise genügend Soldaten zu Erntearbeiten auf recht ausgedehnte Zeit. Nun will man aber auch die kleineren

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreger.

87. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dulders lachte ihn aus und meinte scherzhaft, daß er sich in dieser Beziehung alles Hineinreden verbitten müsse. Das wäre ja noch schöner! Zu was hätte er denn das plünderige Geld, wenn er es nicht gut anlegen sollte. Jetzt erst geradelt diese Bescheidenheit Bassens rührte ihn so sehr, daß er erlachte, es sei nun endlich Zeit, sich zu zu sagen. Und als Bassens einsehlich umarmte er ihn und daß ihm zum zweitenmal einen Kuß. Als Otti hinzukam und das sah, klatschte sie vor Freude in die Hände und erklärte, daß derartige Zärtlichkeiten sich nicht zu oft wiederholen dürften, sonst würde sie neidisch werden.

So hatten denn beide ihrer Freundschaft auch das Siegel aufgedrückt. Der Sommer nahte heran, und Otti zeigte große Lust, einige Wochen in Sighennest zuzubringen. Es wäre doch so schön, wenn sie alle drei hinführen, damit sie Koff zeigen könne, wo sie „ungezogenes Kind“ dem Bichte der Welt die Ehre gegeben habe, es zu erblicken. Sie hoffte, das Gut, ja doch „mal als Buerretiro zu bekommen und so könne ihr Verlobter es auch jetzt schon kennen lernen.

Bassen gab durch Stillschweigen sein Einverständnis zu verstehen. Es reizte ihn mächtig, den Ort kennen zu lernen, wo die nächtliche Tragödie sich abgepielt hatte. Als er dann aber sah, wie Dulders lebhaft dagegen war und mit der Ausrede kam, daß man die „häßliche Gegend“ diesmal noch liegen lassen solle, schon um deswegen, weil er noch gewisse Verbesserungen vorzunehmen gedente, verstand ihn Bassens, und so stieß er in dasselbe Horn.

„Ich danke dir sehr, mein Junge“, sagte Dulders und drückte ihm die Hand. „Nur diesen Sommer noch nicht dahin, — vielleicht später, später! Einmal wird es ja doch kommen müssen, denn sie gibt nicht nach. Es war wirklich keine Ausrede von mir, es muß da erst etwas geschehen. Ich will eine Veränderung vornehmen — verstehst du?“

Worin sie bestehen sollte, verschwieg er ihm. Er wollte den ganzen vorherigen Teil des Waldes abholzen, damit die Stätte der Tat eine glatte Fläche bilde. Namentlich die alte Eiche auf der kleinen Lichtung sollte fort. Und wenn er dann die kahle Stelle zu dem Garten abschlagen haben und neues Leben aus ihr erblühen würde,

dann hätte seine Vorstellungskraft eine gewisse Grenze. Ein Kirchhof würde sich gleichsam in einen duftigen Blumenflor verwandelt haben, und das müßte die ewigen Gedanken an den Tod verschwehen. Denn es war seine Absicht, vom Obstgarten bis dicht an die neue Waldesgrenze Blumen zu pflanzen.

In Stelle der Eiche auf der Lichtung aber sollten Berge von Nelken stehen. Sie sollten aus dem großen Blumenhain hervorragen und ihren Duft in alle Winde senden. Merkwürdig, daß Olga neben dem Batschuli auch noch den scharfen Nelkengeruch geliebt hatte — als hätte sie mit diesem sich und mit dem Batschuli andere betäuben wollen. Im Geiste roch er das letztere wieder und so empfand er eine gewisse überflüssige Sehnsucht nach der Stätte seines kurzen Glückes.

„Wißt Ihr was“, sagte er, „ich werde gleich in den nächsten Tagen einmal eine gründliche Besichtigung vornehmen.“

Es war im Juni. Mitte August wollte er mit den Damen und Koff noch auf einige Wochen an die See, er hatte also Zeit genug. Er mußte ohnedies nach Lufsfelde, wo nächstens ein gehöriger Abtrieb stattfinden sollte, um dem Grafen den ersten Schreck einzujagen. Und so hatte er nach Sighennest fast dieselbe Richtung. Otti ließ er in guten Händen zurück, und wenn die Liebenden ihn mal eine Zeitlang nicht sehen würden, — na, dann brauchten sie auch nicht gerade zu weinen. Wenn sie's zu toll machten, dann würde gewiß Fräulein von Hänsling mit ihrer spigen Gouvernantenase dazwischenschlagen.

Begeistert von seinem Plan, setzte er sich sofort an seinen Schreibtisch und entwarf einen kleinen Grundriß der Umgestaltung. Der Sohn des Gärtners erwachte in ihm und so sah er in seiner Phantastie schon alles vor Augen.

Voll Zuversicht dampfte er ab. Erst auf der Rückkehr von Lufsfelde benutzte er die Zweigbahn, um nach seiner Heimat zu fahren.

Schon als er sich im Wagen Sighennest näherte, hatte er ein seltsames Empfinden, das sich aus Wonne und Grauen zu ammensetzte. Es war nachmittags, bei großer Hitze, als er die Landstraße entlang fuhr. Der Anblick der weiten Felder, die sich rechts und links ausbreiteten, und über die das Sonnenlicht flirrte, erweckten Heimatsgefühle in ihm. Eine Lerche erhob sich lerkengrade aus dem Korn, und ihr Jubelieren hoch in der Luft ließ heiße Empfindungen in ihm schwellen. Er sah sich plötzlich als Knabe lang ausgestreckt

auf der Wiese liegen, das Gesicht dem Himmel zugekehrt, und solch' eine Lerche in den blauen Äther hinaufsteigen, wo seine Augen sie nur noch wie einen dunklen Punkt verfolgten. Nun fehlte nur noch die Wesperglocke, die sich mit dem Trillern der Lerche mischte. Und richtig, da klang das helle Gebimmel zu ihm herüber, das zum Schluß immer langsamer wurde, bis der Klappel nur noch drei, viermal anschlug.

Dulders sah nach der Uhr, die gerade auf Vier zeigte. Es war also kein Traum — er hörte die Glocke wirklich. Und da drüben hinter der sanften Wellenlinie der Felder tauchte auch das lange, schwarze Siebeldach der Ziegelei auf. Er wußte, nun hatte er es nur noch etwa zehn Minuten bis zu seiner Bestimmung.

Hinten am Horizont zeigte sich bereits wie eine dunkle Linie der Wald, von dem sich gleich einem weißen Strich der Turm seines Hauses abhob. Überall empfand er den Erdgeruch der Scholle, auf der er groß geworden war, und er sog ihn ein mit vollen Lungen, wie ein Mensch, der sich an längst entbehrten Genüssen berauschen möchte.

In einer Stelle wurde neu hauffiert. Steinklopfer saßen unter ihrem Zeltbald, hatten die Hämmer beiseite gelegt und tranken ihren Kaffee aus der Blechkanne. Dulders ließ halten und unterhielt sich mit ihnen: Ein alter Mann mit einem verwiterten, von der Sonne dunkel gebräunten Gesicht, die Schühbrille auf der Stirn, erkannte ihn, erhob sich mit seinen steifen Gliedern, fuhr mit der Hand gegen den Rücken und stand dann mit eingeknickten Knien vor ihm, um seine Fragen zu beantworten.

Ein polnischer Bauer, die Lederhose in den Schafstiefeln, die kurze Tuchjacke über der roten Weste, den Ziegenhauer über der Schulter, an dessen Krücke das Bündel im geklümelten Taschentuch hing, kam vorüber, zog den breitkrämpigen Filzhut und sagte geschäftsmäßig sein: Niech bedzie pochwalony Jezus Chrystus!

„Na wia! wiekōw amen!“ gab Dulders zurück; dann fuhr er wieder weiter, an einem Christusbild vorüber, das rechts am Feldrain stand. Ein kleiner barfüßiger Dorfjunge, der wahrscheinlich zu den Wiesenarbeitern drüben gehörte, stand vor der Figur des Gekreuzigten und blickte neugierig zu ihr empor. Die neue, bunte Bemalung, die noch in aller Frische erglänzte, schien ihm zu gefallen. Dulders ließ abermals halten. Weder das Christusbild, noch der Anblick des Jungen hatte ihn gerührt, aber sein Aberglaube war wieder in ihm wach geworden.

Wesiger berücksichtigen, damit auch diese nicht mehr schonend mit den Landarbeitern umzugehen brauchen. Ja, man münte die Angestellten und künftigen Landwirte auf, sich begeben mit Soldaten zur Ernte zu versehen. Das geht deutlich aus einer Notiz hervor, die anscheinend vom Bund der Landwirte im Einverständnis mit den Militärbehörden in die „Frankfurter Zeitung“ hineingeliefert worden ist. Sie lautet:

„In den Erntearbeiten werden, soweit es nur geht, Erntearbeiter vom Militär beurlaubt. Dabei kommen aber die kleineren und mittleren Wesiger meistens zu kurz. Grund: Sie melden sich zu spät bei den betreffenden Truppenteilen. In den meisten Fällen sind die Erntearbeiter schon für die Großstädter vergeben. Jeder Landwirt kann sich aber doch selbst schon berechnen: so und soviel Arbeiter brauchst du ungefähr. Es reiche deswegen jeder sein Gesuch rechtzeitig bei dem Truppenteil ein, und seinem Wunsch wird in den weitläufigen Fällen entsprochen werden können. Um nun auch den von Garnisonsorten entfernt wohnenden Landwirten es bequem zu machen, sollen ferner die Gesuche der Reihe nach, wie sie eingehen, aufgezeichnet und in derselben Reihenfolge die Arbeiter abgegeben werden. Deshalb zögert nicht, Verursachter! Der Erntearbeiter braucht, reiche schon jetzt ein Gesuch ein oder bringe es mündlich an.“

So werden sich also von Jahr zu Jahr immer mehr die Kasernen öffnen und die Soldaten an Stelle der vertriebenen Landarbeiter Feld- und Erntearbeiten verrichten. Bald werden die Wutscher über Pferdemangel klagen und das Militär wird ihnen Kavalleriepferde zum Pflügen und Einfahren zur Verfügung stellen.

Die Organisation des Streikbruchs. In der neuesten Nummer seiner antisozialdemokratischen Korrespondenz macht Herr Max Lorenz auf die zarten Beziehungen aufmerksam, die zwischen der Regierung und dem soeben in Hamburg gegründeten „Bund vaterländischer Arbeiter-Vereine“ bestehen. In der Spitze des Bundes figuriert ein Mann, der nach der Behauptung des Herrn Lorenz in der Beurteilung der Arbeiterfrage ziemlich genau auf dem Standpunkt der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustriellen und der „Hamburger Nachrichten“ steht. „Es kann keinem Zweifel unterliegen“, fügt Herr Lorenz hinzu, „daß eine von Herrn Schaper geführte Arbeiterorganisation allen, auch den weitestgehenden antisozialdemokratischen Ansprüchen genügen wird.“ Als Hauptzweck des Bundes gilt die Bekämpfung der modernen Gewerkschaften, wozu, wohl verstanden, auch die christlichen und freisinnigen gerechnet werden. In die Stelle des mehr oder weniger bewußt geführten Klassenkampfes will der neue Bund ein Verhältnis persönlicher Wohlwollens setzen, diktiert von der Rücksicht auf den unmittelbaren materiellen Vorteil des einzelnen. Zu diesem Zwecke hat seine konstituierende Versammlung eine Resolution angenommen, worin die Umwandlung des bestehenden Koalitionszwanges in eine „wahre Koalitionsfreiheit“ gefordert wird. Daß das nichts anderes heißt, als das Verlangen nach einer Vorlage zum Schutz der Streikbrecher, ist von vornherein klar, ein Verlangen, dem auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung aus prinzipiellen Gründen entgegnet hätte. Wodurch die an sich belanglosen Strömungen erst eine gewisse Wichtigkeit erhalten, das ist, wie Herr Lorenz betont, das überaus große Wohlwollen, das der Reichskanzler dem neuen Bunde entgegenbringt. Ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm Bülow's an die konstituierende Versammlung reichte noch gar nicht, um dem Bunde die Sympathie der Reichsregierung zu beteuern. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ mußte noch einen großen Begrüßungsartikel schreiben, der dem Bunde direkt begeisterte Worte widmet und den christlichen wie den freisinnigen Gewerksvereinen den Vorwurf macht, „zu Zeiten viel zu nah an die Sozialdemokratie gehalten zu haben.“ Herr Lorenz fährt dann fort:

„Und gerade jene Forderung nach einer Umwandlung des bestehenden Koalitionszwanges in eine „wahre Koalitionsfreiheit“ ist es, die als besonders „zeitgemäß“ den Beifall des Kanzlerblattes findet. Aus alledem müssen wir schließen, daß der Kanzler sich von den Prinzipien der „modernen Arbeiterbewegung“ grundsätzlich abgewandt hat — wenn er ihnen überhaupt einmal grundsätzlich zugewandt gewesen ist — und daß er gewillt ist, die Tendenzen des neuen „Bundes“ zu fördern. Ja, es kann sogar als

wahrscheinlich gelten, daß der Kanzler ein Gesetz der Arbeiter willigen plant, falls erst ein solches Gesetz „aus den Kreisen der Arbeiter selber“ verlangt wird, worauf doch der „Bund“ offenbar hinstrebt. Und die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß gerade ein solches, doch liberal gemeintes Gesetz zum Schutze der „wahren Koalitionsfreiheit“ die Zustimmung des „Bundes“ finden und die Blockade — durch eine einmütige Aktion sogar auf dem schwierigen sozialpolitischen Gebiete — kräftigen und besiegeln könnte. Die Parteien der „Rechten“ sind von vornherein dafür, und daß die Kreise der „Börsen“ und „Freisinnigen Zeitg.“ dagegen sein sollten, wird niemand für wahrscheinlich halten.“

Ein „liberal gemeintes Gesetz“ zur Organisation des Streikbruchs — wozu herrschere Aufgabe könnte dem konservativ-liberalen Block winken? Herr Lorenz muß zwar zugeben, daß hinter der neuen „Arbeiterorganisation“ zahlenmäßig „an wirklichen Arbeitern“ zurzeit so gut wie nichts steht. Nichtsdestoweniger wird man es wagen, das Verlangen nach einem Gesetz zur Organisation des Streikbruchs als „aus den Kreisen der Arbeiter selber“ hervorgehend zu bezeichnen. Um diesen zukünftigen Schwindel schon heute zu demaskieren, gibt es keinen besseren Gewährsmann, als eben — Herrn Lorenz.

Beschimpfung der Sozialdemokratie in der Schule. Bei der letzten Reichstagswahl scheuten sich mehrfach Lehrer nicht, die Parteipolitik in die Schule zu tragen. Mit einigen solcher Herren hatte sich auch die „Gemeinnützige Volkstimme“ zu beschäftigen, u. a. mit dem Lehrer Bühlig in Wernsdorf bei Glaucha u. Von ihm war in einer Notiz gesagt worden, daß er wohl auf Land, aber nicht als Lehrer passe, da er seine Schüler „faules Vieh“, „siebzehnbuckliges Kamel“ nenne und den Fortbildungsschülern gegenüber gesagt habe, ihre Väter sollten keinen Sozialdemokraten wählen. Das seien Lumpen und Hezer. Weil ihm in jener Notiz die pädagogischen Fähigkeiten abgesprochen worden waren, hatte der Mann Strafantrag gegen den Verantwortlichen der „Volkstimme“, den Genossen Müller, gestellt. Durch Zeugen wurde nachgewiesen, daß B. die Schulkinder mit den oben wiedergegebenen Schimpfnamen belegt und in der Fortbildungsschule die Genossen Bebel und Schippel als Lumpen und Hezer bezeichnet hatte. Drei Fortbildungsschüler sagten das unter Eid aus. Das Gericht erkannte trotz dieser Feststellungen auf 200 Mark Geldstrafe und setzte sich über diese Zeugnisaussagen hinweg, indem es diese als ungläubhaft hinstellte. Der Vertreter hatte von Suggestion durch die Eltern und von Selbstsuggestion gesprochen. Dem hat sich das Gericht offenbar angeschlossen. Es wurde in der Begründung weiter ausgeführt, daß auch für den Fall, daß die Schimpfworte gefallen seien, noch keine Berechtigung zu solchem vernichtenden Urteil über B. vorgelegen habe, als in der Notiz ausgesprochen sei.

Positive Arbeit der Sozialdemokratie. Daß unsere Parteigenossen da, wo sie dazu in der Lage sind, sehr wohl gewillt sind, auch schon im Gegenwartsstaat positive Arbeit zu leisten, hat die sozialdemokratische Fraktion in der Gemeindevertretung von Mühlhausen i. G. wieder einmal bewiesen. Zugleich geht aber auch aus dem Vorfall, über den wir im nachstehenden berichten, wieder aufs deutlichste hervor, wer es immer ist, der die Arbeiter an solcher praktischen Betätigung mit allen Mitteln zu hindern sucht. Es wird darüber geschrieben: Der Gemeinderat hatte am Sonnabend eine sozialpolitische Sitzung. Es handelte sich in der Hauptsache um die Festlegung der Stundenlöhne in der Pflichtenhefte derjenigen Unternehmer, welche städtische Arbeiten ausführen. Nach dem Vorschlag der sozialistischen Arbeitervertreter sollen die Stundenlöhne entsprechend dem Erhalten der beteiligten Gewerkschaften folgende Erhöhungen erhalten, und zwar für Steinhauser von 60 auf 65 Pfennig, Maurer von 45 auf 55 Pf., Zimmerer von 42 auf 50 Pf., Schreiner von 42 auf 45 Pf. und Gipser von 52 auf 58 Pf. Von den bürgerlichen Vertretern werden diese Ansätze durchweg als zu hoch bezeichnet und beantragt, es sollen die Bestimmungen des Tarifvertrages, der zwischen den beiderseitigen Organisationen besteht, maßgebend für die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein. Trotz scharfer Opposition werden die obigen Ansätze mit einer Stimme Mehrheit gutgeheißen; dafür stimmten die sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter, sowie auch der Bürgermeister. Angenommen wurde dagegen auch ein Antrag, wonach die Bestimmungen über die Mindestlöhne in Wegfall kommen,

wenn in dem betreffenden Gewerbe bereits Tarifverträge bestehen. Bei Ausbruch von Lohnstreitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht, in welches jede Partei zwei ihrer Vertreter entsendet; den Vorsitz in diesem Schiedsgericht übernimmt der Bürgermeister oder dessen Stellvertreter. Der Entschaid über die Fristverlängerung bei Ausbruch eines Streiks an städtischen Bauten steht nach den Verhandlungen dem Einigungsamt zu. Bei der Regelung der Überstundenentschädigung und der Festlegung der Bußen gegen Unternehmer, welche sich nicht an die Bedingungen des Pflichtenheftes halten, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Ratsmitgliedern, sie warfen sich gegenseitig allerhand Liebenswürdigkeiten an den Kopf. Schließlich siegten aber die bürgerlichen Vertreter mit Hilfe der christlichen Arbeitervertreter; in der Hauptsache ist man aber den Forderungen der Gewerkschaften entgegengekommen. Als der Gemeinderat noch über den Ankauf von Bauterrain für Herstellung von städtischen Arbeiterwohnungen schlüssig werden sollte, haben die bürgerlichen Vertreter durch Verlassen des Sitzungssaales diesen Beschluß verhindert, weil ein Bedürfnis für den Bau städtischer Arbeiterwohnungen nicht vorliege. In einer nächsten Sitzung soll dann doch der definitive Entscheid fallen.

Ein Generalstreik ist unter den französischen Seeleuten ausgebrochen. Der Kampf richtet sich nicht gegen die Reeder, sondern gegen die Regierung. Alle französischen Häfen, sowie der Hafen von Algier sind davon betroffen. — Die Seeleute der Allgemeinen Frachtschiffsgesellschaft in Rotterdam legten Lohnforderungen halber die Arbeit nieder.

Die Landarbeiterstreiks in Italien. In der Provinz Bologna durchbrachen 4000 Ausständige einen Truppenkordon und verjagten 300 Reichsarbeiter von den Feldern. Der Agrarstreik breitet sich auch in der Provinz Piacenza aus, wo bisher 10000 Arbeiter die Arbeit niederlegten.

Der Eisenbahnstreik in Argentinien. Aus Buenos Aires wird berichtet: Der Ausstand der Eisenbahnangestellten hält noch an; Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Einige wenige Züge verkehren unter Führung von Ingenieuren. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaften stehen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten und dem Minister des Innern in Beratung.

Weiße Sklaverei. In einem amtlichen Bericht, der dem Bürgermeister von New York kürzlich unterbreitet worden ist, ist das Treiben von Stellenvermittlungsgenturen in New York näher beleuchtet worden. Es ist nützlich, darauf hinzuweisen, um deutsche Auswanderer vor den Gefahren, die in New York gestellt werden, zu warnen. Es handelt sich besonders um das „Peonage-System“ in den Südstaaten und um die Versorgung öffentlicher Häuser mit unglücklichen Mädchen. Das Peonage-System besteht darin, daß Strafgefangene, die wegen Schulden, Kontraktbruch oder dergleichen gefangen gehalten werden, vom Staate verpachtet und an Unternehmer ausgeliefert werden. Dies geschieht oft gegen das Gesetz oder unter Verletzung auf längst veraltete Gesetze, aber die armen unwissenden, meist der Sprache unfähigen Eingewanderten werden im Süden vielfach nach Willkür behandelt und unter dem Schein des Rechts wird das schlimmste Unrecht verübt, sogar von Richtern, die zuweilen im Bunde mit den Unternehmern stehen. Etwa 30000 Männer werden jährlich von New Yorker Agenten nach den Südstaaten geschickt und so mancher verfällt dem Peonage-System. Was den Handel mit Mädchen anbetrifft, so werden viele von Agenten als Dienstmädchen in Bordelle und Hotels zweifelhaften Rufes geschickt. Die Eigentümer der Bordelle zahlen den Agenten sehr hohe Provisionen für „frische Ware“. Auch die Zufuhr armer Negermädchen für Bordelle wird lebhaft betrieben. Nach dem Bericht sind die Behörden eifrig in Tätigkeit, solchen Agenturen das Handwerk zu legen, aber es ist bei der Schlaueit der Agenten oft schwer, genügend belastendes Material zu finden. Viele gewissenlose Praktiken in der Stellenvermittlung in New York werden noch aufgedeckt, wogegen aber, wie es heißt, geeignete gesetzliche Maßregeln ergriffen worden sind. So hat man früher Leute auf Schiffe gebracht, um beim Transport von Vieh zu helfen; am Bestimmungsort angekommen, ließ man die Arbeiter mittellos sitzen. Gefahren mancherlei Art lauern auf den Einwanderer, der sich an eine New Yorker Agentur um Vermittelung einer Stellung wendet.

„Komm' mal her, mein Sohn!“ rief er laut und winkte ihn zu sich heran.

Im Trab kam der Kleine näher, so daß der Staub, der dünn wie grau gewordenes Mehl auf der Straße lag, in langen Schwaden hinter ihm herzog.

„Wie heißt du?“

„Großvater mäht Gras,“ gab die Ränge wie furchtlos zurück.

Dulders lachte. Na, dann kenne ich ja schon deinen Namen... Wie alt bist du?“

„Das weiß ich nicht.“ Angstlich geworden, trat er ganz an den Rand des Schauffeegrabens.

„Weißt du, wer das am Kreuze ist?“

„Der Herr Jesus.“

„Weißt du auch, weshalb man den Herrn Jesus gekreuzigt hat?“

Der Kleine schwieg. In seinem Gesichtchen, das der Schmutz des Tages noch brauner gemacht hatte, leuchtete nur das Weiß der auffallend großen Augen. Um seine Mundwinkel zuckte es, als er dann leise erwiderte: „Das weiß ich nicht.“

„Na, denk' einmal nach. Hier, das schenk' ich dir, wenn du es sagst.“ Er hatte ein blankes Fünzigpfennigstück aus seinem Portemonnaie genommen, das er ihm nun zur Ermunterung zeigte.

„Großvater weiß es,“ prekte der Junge nun weinerlich hervor, aus Furcht, das Geschenk könnte ihm entgehen, wenn er diese Ausrede nicht zur Beruhigung vorbringe.

Dulders wurde abermals heiter: „Na, was Großvater weiß, das weiß ich auch. Ich will es dir also sagen. Der Herr Jesus hat sich kreuzigen lassen, um uns alle zu erlösen. Deswegen ist auch sein großes Leiden auf uns alle übergegangen. Wir tragen unser Kreuz immer mit uns herum. Vergiß das niemals. Hier, kauf' dir etwas Schönes dafür.“

Er sagte das sehr ernst, als spräche er zu einem Erwachsenen, nicht zu einem Kinde. Es war ihm ein Bedürfnis, seine Weltweisheit, die sich mit seinem Seelenschmerz deckte, gerade hier zum Besten zu geben.

Der Junge hatte kaum die Finger krampfhaft um das Geldstück geschlossen, als er Miene zeigte, bei den Schritten vorüber, die wieder davonstürmen wollten, quer über die Straße zu laufen.

„Nicht doch, nicht doch!“ rief ihm Dulders zu, indem er sich erregt von seinem Sige erhob. Unwillkürlich bleich geworden, befürchtete er, gerade dieser halbzerlumpige Junge könnte das „prophezeite Kind“ sein, das, mit Unglück beladen, ihm über den Weg seines Lebens laufen würde, wie der Straf gemeint hatte. Und loben es hatte er doch

dieses Mißgeschick durch eine gütige Ansprache abwenden wollen!

Erleichtert atmete er auf, als der Kutscher die ungeberdigen Tiere rechtzeitig bändigte und der Junge betroffen zurückwich. Die Pferde hatten wieder angezogen, als Dulders den Kopf wandte und ihm nachblickte. Er sah, wie der Bengel laut rufend von dannen lief, die Hand mit dem Gelde hoch erhoben, als wollte er schon von weitem dem Großvater sein Glück verkünden.

Dulders' Interesse an der eintönigen Landschaft war plötzlich erschöpft, denn das grelle Sonnenlicht ermattete seinen Blick. Mit geschlossenen Augen lehnte er sich in das Gepolter des Wagens und träumte mit wachen Sinnen. Er sah sich, zur Seite Olga Radowska, genau so wie heute im Wagen sitzen und sie als neue Herrin spät abends seinem Landhaus zuführen. Wie wohligh war ihm damals. Wie erzitterte er unter ihrer Nähe, mit welchem Verlangen hatte er sie an sich gezogen und sie stürmisch geküßt. Unwillkürlich streckte er die Hand aus, als sähe sie auch jetzt an seiner Seite und er könnte sie kühn berührend berühren. Als er aber nur leere Luft griff, ließ er den Arm schwer auf den Sitz sinken, wobei er leise lächelte.

Das Rollen der Räder auf Steinen weckte ihn erst aus seiner Betäubung. Er war in den Hof von Eicheneck eingefahren. Die Verwaltung der Besitzung verfiel der Gärtner, der von Dulders' Kommen unterrichtet war und schon auf der Lauer stand, um seinen Gebieter würdig zu empfangen. Man hatte geglaubt, daß das Brautpaar mitkommen werde, und so hatte sich die noch immer junge Frau schön gepuht und ihr etwa zehnjähriges Töchterchen darauf dreifert, das angedigte Fräulein mit einem großen Rosenbukett und einem Sprüchlein zu begrüßen.

Als Dulders die freundliche Kleine erblickte, die man wie eine Festung ganz in derbes Weiß gesteckt hatte, betrachtete er das wie eine gute Vorbedeutung, wofür er eine ganz besonders heitere Miene aufstetzen mußte.

„Na, dann kann ich ja die Blumen entgegennehmen,“ sagte er und fuhr dem Mädchen über das glatt geschleimte Haar. Er drückte ihr die Hand und versprach ihr eine schöne Wuppe zu Weihnachten, wofür er einen Knieß empfing. Und um die Sache nicht zu vergessen, zog er sein Notizbuch hervor und machte sich sofort die nötige Bemerkung. Gerade Kindern gegenüber wollte er von nun an sein Versprechen pünktlich erfüllen.

„Alles in Ordnung, Barz?“

„Alles, Herr Dulders.“

„Na, das freut mich. Es sieht wirklich hübsch hier aus.“

Mitten im Hofe stehend, ließ er voller Befriedigung seinen Blick umherschweifen, vom Hause bis zum Gartenzaun und dann wieder umgekehrt. In einem offen stehenden Fenster des Hochparterre blieb sein Blick längere Zeit hängen.

Es war daselbe, durch das er damals hinausgesprungen war. Da er seit den letzten Jahren die Wohnung nicht mehr vermietet hatte, so standen die Räume leer, bis auf zwei Zimmer, die man vorläufig notdürftig mit den zurückgelassenen Möbeln ausgestattet hatte.

„Ich hatte das große Zimmer für die Herren bestimmt gehabt und das kleine für das gnädige Fräulein,“ sagte Frau Barz, die seinen Blick anders auslegte. „Ich habe jeden Tag geküßt. Ich weiß es ja, daß Herr Dulders auch nicht ein bißchen Unangenehmes im Zimmer vertragen können.“

Als das Ehepaar mit der Wirtschaft hier betraut wurde, hatte Dulders einmal die Bemerkung gemacht, es rieche im ganzen Hause nach Ratschul, und so hatte sie es denn ausgegriffen und sich danach gerichtet.

Der Förster kam durch die Pforte, die vom Garten her in den Hof führte. Sein Häuschen lag jenseits des Waldes, und so war er mitten durch den Forst gegangen, um rechtzeitig zur Stelle zu sein.

„Na, Dolmsky, da sind Sie ja auch,“ sagte Dulders und reichte ihm die Hand. Der Deutschpöle, ein hoher, kräftig gebauter Mann in mittleren Jahren; mit einem offenen Gesicht, das ein süßiger Backenbart zierte, hatte zuvor schon militärisch gegrüßt und stattete nun kurz seinen Bericht über die letzten Vorgänge ab. Man suchte für den Herbst einen neuen Jagdpächter, es hatte sich auch einer gefunden, der einige Tage zuvor das Revier besichtigt hatte.

„Na, und die Wildbiede?“

„Das Revier ist rein.“

Dulders äußerte seine Anerkennung und klopfte Nero, dem braunen Hunde des Försters, das Fell. Wir wollen nächstens hier tüchtig schlagen — der ganze Saum da vorn soll fort,“ sagte er dann nach einem Weiltchen.

„Ei, da wird es ja Leben geben,“ fiel der Gärtner ein und blickte seine Frau bedeutungsvoll an.

„Ja, und Sie werden auch tüchtig zu tun kriegen. Ich will den ganzen Teil zum Garten nehmen. Es soll alles runter.“

„Boh' Blig, da wird es ja Späne geben,“ meinte Dolmsky ganz vergnügt. „Alles soll runter? Die alte Eiche auch?“

„Die erst recht,“ gab Dulders kurz zurück, ließ von dem Hund ab und wandte sich dem Hause zu.

Die übrigen sahen sich betroffen an; als hätten sie augenblicklich nicht Worte gegen diesen Entschluß. Aus ihren Augen sprach, was sie sich hätten zuraumen mögen. Alle drei mußten, daß sich dort Frau Dulders erschöpfen haben sollte und daß ihr Herr die alte Eiche bisher, wie einen geheiligten Baum betrachtet hatte, dem man Achtung bezeugen müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Million Streikpfeile. Der Metallarbeiterverband...
terverbandklasse in Offenbach wurden zur Durchführung der Offenbacher Streikbewegung von unbekannter Seite eine Million Kartons gespendet.

Ein Sieg der Solidarität. Der große Landarbeiterstreik von Argenta (Italien) der von 8000 Landarbeitern drei Monate lang unter unsagbaren Opfern durchgeführt wurde, ist mit einem Siege der Ausständigen beendet worden.

Eine zweite Zählung 1907. Eine Zählung der Unfälle im Jahre 1907 wird vom Reichs-Versicherungsamt vorgenommen. Es ist dies die erste besondere Erhebung nach dem Inkrafttreten der Gewerbe-, Bau- und See-Unfallversicherung von 1900. Sie soll über die Wirkung dieser Gesetzgebung Aufschluß geben. Die Statistik erfolgt auf Grund besonderer, von den Trägern der Gewerbe-, Bau- und See-Unfallversicherung auszufüllenden Unfallzählarten. Die Zählarten für die Verletzten, für welche im ersten Vierteljahr 1907 zum ersten Male Entschädigungen bezahlt wurden, sind bis zum 15. Mai, die Zählarten für das zweite Vierteljahr bis zum 1. August, die für das dritte Vierteljahr bis zum 1. November 1907 und die für das vierte Vierteljahr bis zum 15. Mai 1908 dem Reichs-Versicherungsamt einzureichen. Für jede Verletzte oder getötete Person, für welche im Laufe des Jahres 1907 anlässlich eines Betriebsunfalles erstmalig eine Entschädigung gezahlt wurde, wird eine besondere Karte ausgestellt. Die Karte enthält ausführliche Angaben über den Betrieb nach Art, Gewerbe, Klasse, Zahl der Vollarbeiter, die Zeit und Art des Unfalls, die verletzte Person nach Beschäftigungsart etc. Wenn der Unfall durch eine Maschine oder maschinenartige Einrichtung verursacht worden ist, so ist auch darüber genaue Angabe zu machen, ebenso über die Ursache des Unfalls, wenn er auf Nichtbeachtung einer Bestimmung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen ist, sei es von Seiten des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers.

Lehren des Wahlkampfes. Im Gegensatz zu den andern bürgerlichen Parteien, die auf den schmutzigen Lorbeer des 25. Januar und 5. Februar schon wieder einzuschlafen beginnen, ist die Zentrumspartei eifrig am Werke, ihre Reihen zu stärken. Die Germania macht einige Vorschläge, die für diesen Eifer kennzeichnend sind. Vorgeschlagen wird, eine Zentralkommission für die Partei zu schaffen, eifrig für die Presse zu agitieren, Flugblätter zu verbreiten, die für das ganze Reich möglichst gleich sind, zur Deckung der Wahlkosten bei Versammlungen mit fremden Rednern ein kleines Eintrittsgeld zu erheben, für die Redner eine Redner-tournee zusammenzustellen, um Zeit und Geld zu sparen. — Was an diesen Vorschlägen gut ist, ist der Sozialdemokratie entlehnt. Lernen auch wir von unseren Gegnern!

Deutsche Kulturbilder.

Wenig Unterricht, viel Schnaps!

Vor längerer Zeit brachten wir eine Mitteilung aus Ostpreußen, die berechtigter Entrüstung wachrufen mußte. Die berichteten Tatsachen warfen ein grelles Schlaglicht auf kaum glaubliche soziale Zustände in unserem agrarischen Mutterlande. Da hatte sich der Besitzer eines Rittergutes aus der benachbarten Stadt eine größere Anzahl schulpflichtiger Knaben kommen lassen, damit sie ihm auf der Treibjagd die vom bäuerlichen Kofel gemästeten Hasen zutreiben. Nicht genug aber, daß er gegen das direkte, klare Verbot Kinder während der Schulzeit als Treiber benutzte, er fühlte sich auch verpflichtet, den Knaben, die er zur Pflichtverletzung verleitet hatte, als Gegenleistung für den ihnen entzogenen Schulunterricht eine Extrawurst zu braten: er traktierte sie mit Schnaps, und als sie betrunken waren, überließ er sie ihrem Schicksal. „Das klingt“, so schreibt dazu ein Lehrer in der „Waldogogischen Ztg.“, „in der Tat unglücklich, aber nur für den, der ähnliche Fälle nicht schon erleben mußte. Wer aber das Vergnügen gehabt hat, mehrmals von einer dieser hinterpomerischen Kulturinseln zur anderen geschickt zu werden, der dürfte ein recht ansehnliches Päckchen von Erfahrungen gesammelt haben, die für die Frage der Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Betrieben nicht ohne Beweiskraft sind.“

In einem Orte des Rummelsburger Kreises beispielsweise mußten die 12- bis 14-jährigen Tagelöhnerjungen von morgens 9 Uhr ab (der tägliche Schulunterricht beschränkte sich im Sommer auf die Zeit von 6 bis 1/2 9 Uhr früh) bis in die dunkle Nacht zur Verfügung des Gutsherrn stehen. Sie mußten mit Ochsen und Pferden pflügen, Kartoffeln einharften, in der Heu- und Getreideerde mit den Erwachsenen mithalten usw. Wegen einer mäßigen Beschäftigung der Knaben bei einer anständigen Bezahlung wäre vielleicht nicht gar so viel einzuwenden gewesen; hier aber handelte es sich um eine gewissenlose Ausbeutung der kindlichen Arbeitskräfte für ein Sündengeld von 10, 15 oder 20 Wg. Tagelohn. Daß die Jungen des Morgens in der Schule vor Müdigkeit gänzlich im Falle in einem halbwegsigen Zustande dasahen, durfte weiter nicht wundernehmen; Unterrichtserfolge waren natürlich ausgeschlossen. Daß die Bedauernswerten aber, je weiter der Sommer voranschritt, immer mehr geistig dumpf und stumpf wurden, das mußte noch einen anderen Grund haben. Die Schulen machen bekanntlich von Zeit zu Zeit Ferien, damit sich die Kinder erholen können und Kraft sammeln sollen zu neuer Arbeit. Auf dem Lande sind die Ferien keinesfalls eine schulhygienische Notwendigkeit, dort sind sie eine im Interesse des Großgrundbesitzes nötige Einrichtung, zumal im Herbst. Wie sollte er da seine vielen Kartoffeln ernten ohne die Hilfe der Kinder? Alle, bis herunter zu den Achtjährigen, kriechen dann in den Feldern, manchmal schon eiskalten Erdfurchen und sammeln die Früchte des Feldes. Genügen die geschmäpigen vier Wochen nicht, so werden auf Antrag des Gutsherrn die Ferien bereitwillig verlängert auf fünf, manchmal auf sechs Wochen. Dann schreiben wir Ende Oktober. Auf schlechte Witterung kann natürlich nicht Rücksicht genommen werden. Und gegen Kälte gibt's ja auch erprobte Mittel. Um 9 Uhr vormittags erscheint der Hofmeister mit einer großen Kanne und füllt mit ihrem Inhalt jedem Erwachsenen ein „großes“, jedem Kind ein „kleines Maß“, und alle, Männlein und Weiblein, Knaben und Mädchen, schlürfen begierig das edle, wärmende Maß. Schnaps ist es, Fufel, den der gnädige Herr aus seinem in der eigenen Brennerei erzeugten Schaß spendet. — Ach nein, dieser Schnaps, der zu Mittag und um die Vesperzeit noch einmal genossen wird, gilt als ein Teil der Entlohnung, den der Besitzer stillschweigend bei der ohnehin länglichen Bezahlung (Erwachsene 80 Wg., Kinder wie üblich die Hälfte) in Abrechnung bringt, ob einer den Schnaps trinkt oder nicht. Also trinkt ihn ein jeder. Auch die Kinder. Hier bis sechs Wochen täglich dreimal! — Und dann kommen sie wieder zur Schule. Der genossene Schnaps spricht aus den fahlen Gesichtern, sonst spricht nichts mehr aus ihnen. Das Fundament zum späteren Säuer ist gelegt und keine Schule vermag die Kinder zu retten. Sie werden, was ihre Eltern zum Teil schon sind: verkleidete Menschen ohne Widerstandskraft, ohne eigenen Willen.

So fördern unsere Agrarier die deutsche Kultur!

Ländlich — schändlich. Furchtbar harte Strafen verhängte das Schwurgericht zu Prenzlau in einem Meineidsprozeß, wie sie auf dem Lande nicht selten durch Unwissenheit und Bosheit angestiftet werden. Aus der Untersuchungshaft wurden der Tagelöhner Stephan Krot aus Wallnow, der Werbetnecht Fritz Schulz aus Wendemart und der Schweizer Reinhard Ziebell, zuletzt in Angermünde sich aufhaltend, vorgeführt. Den beiden Erstangeklagten wurde zur Last gelegt, vor dem Amtsgericht zu Driffow in einem Alimentationsprozeß einen Meineid geleistet zu haben, zu welchem sie von dem Schweizer, der sich der Unterhaltungs-pflicht für ein von ihm erzeugtes Kind anscheinend entziehen wollte, angestiftet worden sind. Während die beiden Erstangeklagten reumütig ihre Schuld bekanteten, bestritt Ziebell jegliche Schuld. Die Geschworenen bejahten alle Schuldfragen gegen die Angeklagten, und wurden die beiden Ersten zu der geringst zulässigen Strafe von je einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust, Ziebell dagegen zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. — Genau dieselben ländlich-schändlichen Sittenzustände kamen auch in einer Gerichtsverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin zur Sprache, wo sich fünf „angesehene“ und wohlhabende Bürger des Kreisstädtchens Teltow zu verantworten hatten. Die Hauptperson in dem ländlichen Drama, das dort seinen Abschluß fand, ist der 30-jährige Landwirt Henschel. Im Mai 1904 lernte dieser auf einem Vergnügen in dem Teltowischen Tanzloale in Teltow die damals 16 Jahre alte Elisabeth Helbig kennen und lieben. Das Verhältnis wurde schon nach wenigen Tagen sehr intim und bald stellten sich die Folgen ein. Als am 23. Juni v. Js. in dem Alimentationsprozeß Termin anstand, traten plötzlich der Bäcker Hartmann, die Landwirte Wolff und Mertens, sowie der Malermeister Schulze aus Teltow auf und erklärten unter ihrem Eide, daß sie gerade in der fraglichen Zeit mit der Helbig wiederholt zusammengetroffen seien. Die Klägerin wurde deshalb mit ihren Alimentationsansprüchen abgewiesen. Nunmehr befahte sich jedoch die Staatsanwaltschaft mit der Sache und erließ gegen die sämtlichen Zeugen und auch gegen Henschel einen Haftbefehl, da sie des Meineides und der Verleitung dazu dringend verdächtig waren. Vor dem Untersuchungsrichter haben die Angeklagten, die sämtlich sehr vermögand sind und Kauttionen bis zu 20000 Mark hinterlegt haben, teilweise gestanden. Die Verhandlung fand zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Geschworenen vernichteten die Schuldfrage gegen Henschel und Wolff. Dagegen wurde sie gegen Mertens, Hartmann und Schulze bejaht, und zwar unter Zuzugung mildernder Umstände. Mertens erhielt sechs Monate Gefängnis, das Urteil ist außerordentlich milde im Vergleich zu dem oben mitgeteilten aus Prenzlau, wo über die Angeklagten, die allerdings nur Knechte waren, Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren verhängt wurden.

Kampf zwischen einem Gutsbesitzer und einem Schmittler. Vor der Strafkammer in Naugardt i. V. gelangte ein Zusammenstoß zwischen einem Gutsbesitzer und einem Schmittler zur Verhandlung. Angeklagt waren der Schmittler August Ellwardt wegen Bedrohung und gefährlicher Mißhandlung, und der Gutsbesitzer Otto Wenzel aus Medewitz wegen qualifizierter Körperverletzung. Ellwardt war im Jahre 1906 bei dem Rittergutsbesitzer Wenzel auf Schmedewitz als Schmittler beschäftigt. Während der Erkrankung seiner Frau arbeitete Ellwardt nicht und es kam zwischen ihm und dem Gutsherrn wegen des Lohnes und der Kosten für den Arzt, der Frau Ellwardt behandelt hatte, zu Streitigkeiten. Herr Wenzel wollte dem Angeklagten Ellwardt Abzüge machen und verlangte die Räumung der Wohnung, die jener innehatte. Der Schmittler weigerte sich, die Wohnung zu verlassen, bewar er nicht den ganzen Lohn erhalten hätte. Am 30. Oktober — am Tage vorher waren schon fast sämtliche Leute des Herrn Wenzel gegen diesen auffällig gewesen — ging Wenzel in die Ellwardtsche Wohnung, machte dem E. Vorwürfe, daß er nicht arbeite und verlangte wieder die Räumung der Wohnung. Darüber kam es zum Streit, über dessen Verlauf die Darstellung der Parteien und auch mehrerer Zeugen mehrfach von einander abwichen. Ellwardt soll plötzlich eine Axt ergriffen haben und damit auf Wenzel mit den Worten losgegangen sein: „Du Mas, jetzt habe ich dich, nun sollst du aber ran!“ Wenzel lief aus der Stube hinaus und entfloß die Dorfstraße entlang, verfolgt von dem immer wütender werdenden Ellwardt, der einen Kartoffelträger ergriffen und damit dem Rittergutsbesitzer auch einen Schlag auf die Schulter versetzt hatte. Als ihn Ellwardt nicht einholen konnte, warf er noch den Kräger hinter ihm her und kehrte dann in seine Wohnung zurück. Wenzel ging in sein Haus, telephonierte an den Amtsvorsteher um Hilfe und holte dann seine Jagdflinte, die er mit zwei Schrotpatronen lud. Dann forderte er zwei Männer auf, mit ihm zu kommen, um in seiner Eigenschaft als Gutsvorstand den Ellwardt festzunehmen und zu binden. Ellwardt, der mit dem Kräger in der Hand vor seiner Tür stand, geriet beim Anblick des Wenzel in große Wut und machte mit dem Kräger Bewegungen, als ob er auf W. losgehen wollte. Letzterer soll den E. wiederholt aufgefordert haben, in seine Wohnung zu gehen, da er sonst schießen würde. E. rückte ihm aber, seinen Kräger schwingend, noch näher auf den Leib, er drohte jeden, der an ihn herantommen würde, niederzuschlagen. Inzwischen war auch der große Bernhardiner des Wenzel auf Ellwardt zugegriffen, ohne ihn zu beißen. Da ergriff E. einen Mauerstein und warf nach dem Tier, ohne es zu treffen. In diesem Augenblick trat Frau Wenzel, die wohl annahm, daß der Steinwurf ihrem Manne galt, hinzu und forderte letzteren auf, zu schießen. Wenzel schloß auch kurz hintereinander zweimal. Der erste Schuß ging an Ellwardt vorbei und fuhr in die Wand des Hauses, der zweite Schuß traf den rechten Unterschenkel Ellwardts. Nach der Bekundung des Dr. Fischer vom Kreiskrankenhause war E. von mindestens 50 Schrotkugeln getroffen worden. Nach einigen Tagen mußte ihm, da der Brand hinzutrat, im Krankenhaus Greifenberg das Bein bis zum Oberschenkel abgenommen werden. Dies der Tatbestand, wie er sich aus den Zeugenvernehmungen ergab. Im wesentlichen drehte es sich in der Verhandlung um die Frage, ob Wenzel in der Notwehr gehandelt habe oder nicht. Einige Augenzengen bestritten es. Der Schmittler bestritt seinerseits, in seiner Wohnung mit der Axt auf den Gutsherrn losgegangen zu sein, und behauptete, daß er sich mit dem Kräger nur gegen den Revolver gewehrt hätte, den Wenzel ihm vorgehalten habe. Die Beweisaufnahme brachte aber für diese Behauptung keine Bestätigung. — Staatsanwalt Graf Vredow hielt beide Angeklagte für schuldig im Sinne der Anklage und beantragte gegen Ellwardt einen Monat, gegen Wenzel drei Monate Gefängnis. Das Gericht nahm aber bezüglich des Angeklagten Wenzel Notwehr an und sprach

ihn frei, verurteilte dagegen den Angeklagten Ellwardt zu drei Wochen Gefängnis. Es ist unverständlich, wie dem oben geschilderten Tatbestand gegenüber Notwehr hat angenommen werden können und weshalb nicht auch Frau Wenzel als Anstifterin zum Schießen angeklagt wurde. Das Mitnehmen der Flinte, die Aufforderung, Ellwardt festzunehmen und zu binden, und endlich das Schießen waren offensichtlich widerrechtliche Handlungen, die die Vornahme anderer vorfälliger Rechtsmaßnahmen vorbereiten sollten und eine Anklage wegen verübten Mordes und schwerer Körperverletzung, zum mindesten die Verurteilung zu einer höheren Strafe, als der Staatsanwalt beantragt hatte, gerechtfertigt hätten. Der Freispruch des Gutsbesitzers ist mit dem Rechtsbewußtsein unverständlich. Sicher sollte durch den Freispruch nicht als Rechtsnorm daraus aufgestellt werden, in Notwehr handelt, wer mit Jagdflinten auf Menschen schießt, die sich seinem rechtswidrigen Einhalten von Lohn und anderen Rechtswidrigkeiten nicht fügen.“ Aber dem gesamten Tatbestand gegenüber wird der Richter als Rechtsregel entnehmen müssen: Wer nur mit einem Kartoffelträger schlägt, wird bestraft, aber wer mit einer Jagdflinte schießt, ist straflos.

Vergehen wider die Religion durch eine Ohrsäge. Im Oktober vorigen Jahres besuchte der praktische Arzt Dr. Mag aus Stettin die Lorenzkirche in Nürnberg zwecks Besichtigung der Kunstwerke, wobei er den Hut auf dem Kopfe behielt. Darüber ärgerten sich zwei andere Fremde, die den gottlosen Menschen zur Rede stellten, aber von ihm kurz abgefertigt wurden, worauf sie verb reagierten. Einer der Fremden, ein Antiquar aus Graz, erhielt dann vom Dr. Mag eine saftige Ohrsäge. Deshalb erhielt er eine Anklage wegen Religionsvergehens und Körperverletzung, und das Landgericht Nürnberg verurteilte ihn auch zu fünf Tagen Gefängnis. Das Religionsvergehen wurde nicht in dem Hutaufbehalten, sondern in der Verabreichung einer Ohrsäge in der Kirche erblickt. Das Erkenntnis dürfte in der Revisionsinstanz schwerlich aufrecht erhalten werden.

Aus Nah und Fern.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen. An der Ecke der Löhnow- und Potsdamerstraße in Berlin stießen am Sonnabend zwei Straßenbahnwagen zusammen. Dabei wurden 12 Personen, meistens durch Glassplinter, verletzt, darunter 4 ziemlich erheblich.

Eine rucklose Tat. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge verließ die Witwe Mager, Besitzerin einer Restauration am Georgenkirchplatz 14 in Berlin, ihre Wohnung und ließ ihre beiden Kinder unter Aufsicht des Dienstmädchens zurück. Als bei ihrer Rückkehr auf anhaltendes Klopfen nicht ge öffnet wurde, ließ Frau Mager die Tür gewaltsam öffnen. Die Eintretenden fanden die beiden Kinder völlig entkleidet auf einer Bettmatratze liegend. Das Zimmer war mit einem durchdringenden Geruch angefüllt; das 9 Monate alte Mädchen röchelte, der Körper war blau angelaufen. Ein herbeigerufener Arzt erklärte, offenbar liege Salzsäurevergiftung vor. Er ordnete die Überführung in die Charité an. Wie das dreijährige Kind erzählt, bot auch ihm das Dienstmädchen zu trinken an, es habe aber nichts genommen. Von dem Dienstmädchen war nichts zu sehen. Es fehlen Standbetten, die besseren Kleidungsstücke der Frau Mager und 160 M. aus einem erbrochenen Tischkasten. Nach den bisherigen Feststellungen scheint es festzustellen, daß die Verbrecherin Helfershelfer hatte.

Das Ende vom Liede. Der Rentant Korh der Eblinger städtischen Steuerkasse erschöpf sich. Anlag zu der Tat war die Entdeckung von Unterschlagungen in Höhe von etwa 5000 Mark.

Blitzschlag. In der Gemeinde Metta im Grödenertal hat der Blitz eingeschlagen. Zwei Männer wurden getötet, eine Frau und ein Kind schwer verletzt.

Das kommt davon. Der Getreidespekulant Parasanyi in Budapest, welcher sein nach Millionen zählendes Vermögen verspielt hat, ist auf offener Straße wahnsinnig geworden und mußte in ein Irrenhaus gebracht werden.

Erstochen. Der beim städtischen Fuhramt in Müngsb erg beschäftigte pensionierte Gendarm Schwormer wurde von zwei Unbekannten auf der Straße erstochen. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Opfer einer Profession. Beim Völlerschützen während der Fronleichnamspredigtion in Pestloch zerplatzte ein Böller. Einem in der Nähe stehenden 13-jährigen Knaben wurde Hals und Kopf aufgerissen, sodas der Tod auf der Stelle eintrat.

Vom Auto überfahren und getötet. Auf der Chaussee zwischen Ruchelna und Krauwitz überfuhr ein Automobil des Fürsten v. Lichnowski den Gemeindevorsteher Schwieder gal von Krauwitz. Der Mann war sofort tot.

Es fiel ein Reiz in der Frühlingnacht. In der vorvergangenen Nacht hat es im Sauerlande stark gefroren. In den Fluhtälern zeigten die Gewässer eine dünne Eisschicht. Der Frost hat an den Saaten und in den Gärten großen Schaden angerichtet.

Drei Personen erstikt. Bei einem Brande in Goldberg i. Schlesien, der kürzlich in der Nacht die Wohnung des Maurers Henschel in Braunsitz einäscherte, erstikten der Besitzer, sowie dessen Sohn und Tochter.

Vergiftung durch Kochgeschirr. In dem Rettungshause Weithof bei München sind 35 Jünglinge unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Wahrscheinlich ist die Vergiftung durch mangelhaftes Kochgeschirr erfolgt. Ein vierzehnjähriger Knabe ist bereits gestorben.

Vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Postau bei Magdeburg wurde ein Radfahrer und in der Neustädter Flu ein Arbeiter beim Kartoffelhacken vom Blitz erschlagen.

Ein Luftschiffer-Angst. Gestern morgen 11 1/2 Uhr nach Eröffnung des internationalen Schützenfestes auf den Wiesen der Jarnelina in Rom, während der Kadaverkompagnien des 5. Bersaglieri-Regiments vor dem Königspäare defilierten, schlug der Blitz in einen Ballon des Luftschiffparks ein, der wenige Minuten vorher aufgestiegen war und in einer Höhe von 500 Meter nordwärts trieb. Aus der Hülle des Ballons schlug eine Flamme empor und wenige Minuten darauf kassete die Hülle auseinander. Der Ballon sank zunächst ganz langsam. Man sah den Offizier, Hauptmann Livelli, allen Ballast auswerfen und die Fangseile loslassen. Wenige Sekunden später aber begann der Korb rascher und rascher zu sinken, bis er zuletzt wie ein Meteor zur Erde schob. Der Korb fiel in eine dicke Schledornhecke an der Via Cassia. In dem Korb lag Livelli. Man brachte ihn in ein Hospital; er erlag nach wenigen Augenblicken seinen schweren Leiden.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Donnerstag nacht brannte die Villa des reichen Zigarrenfabrikanten Walter Schiffer in

Longreach ab. Zwei Töchter Schiffers, zwei Diensthöfen und die Erzieherin verbrannten. Herr und Frau Schiffer erlitten bei dem Versuch, ihre Kinder zu retten, schwere Brandwunden.

Überfall. Unweit der Station Kowola wurde, einem Telegramm aus Helsingfors zufolge, der Kassierer einer Fabrik von vier bewaffneten Männern überfallen und der Kassierer erschlagen. Die Diebstahlsräuber raubten 67 000 Mk.; es gelang ihnen zu entkommen.

Wegen einer Sparblische den Tod gefunden. Ein Bewohner eines in Cleve niedergebrannten Hauses, der Arbeiter Hansen, wurde nachträglich noch unter den Trümmern als verkohlte Leiche aufgefunden. Man nimmt an, daß er bei dem Versuch, seine etwa sechs Mark enthaltende Sparblische aus dem schon brennenden Hause zu holen, verunglückt ist.

Sitte und Aufrüst bei den Württembergern. Am Sonntag wurde in Reil unter allgemeiner Teilnahme ein Arbeiter Junke begraben, der von einem Arbeiter Rosenberger erschossen worden war. Die Zeitung Neuesten Nachrichten hatten behauptet, daß Rosenberger Vorsitzender eines sozialdemokratischen Turnvereins sei und einem sozialdemokratischen Verein angehöre. Diese Behauptung stellte sich indes bald als eine dreiste Lüge heraus. Unser Hallisches Parteiblatt stellte fest, daß Rosenberger Mitglied des nationalen Turnvereins war. Die bürgerliche Presse hat nun zwar ihren Schwandel von einem sozialdemokratischen Morde zurückgestellt, aber berichtigt hat sie ihn nicht. — Auch das hochoffizielle Wolffsche Telegraphen-Bureau, das die falsche Meldung im wohlverstandenen Interesse des Reichstagsverbandes in alle Welt hinaustelegraphierte, hat keine Richtigstellung gebracht.

Schwere Verkehrsstörungen durch den Automob. In den ersten Junitagen wird die tolle Automobilraerei, die unter dem Namen Herkomerfahrt bekannt geworden ist, wieder stattfinden. An dieser Wettjagerei beteiligen sich regelmäßig neben den interessierten Automobilfirmen eine Anzahl Sportler, denen diese Jagerei oftmals nur ein wollüstiger Sinneszettel ist. Die Herkomerfahrten scheinen sich allmählich zu einem Sportunfall an großem Ausmaß zu entwickeln, der aber bei den Regierungen und Behörden recht wohlwollende Unterstützung findet durch ganz enorme Überschreibungen an den Renntagen. Die Klagen darüber tauchen ja in jedem Jahre mit gleicher Heftigkeit auf. Und mit Recht. Man lese z. B. zur nachstehenden Verfügung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden:

Für das Kaiserpreisrennen sind insgesamt 92 Rennwagen gemeldet worden. Bei näherer Prüfung hat es sich schon im Interesse der Sicherheit der Rennfahrer als unzulässig erwiesen, mehr als etwa 40 Wagen gleichzeitig an dem Rennen teilnehmen zu lassen. Der Kaiserliche Automobilklub ist daher zu dem Entschluß gekommen, am 13. Juni Ausschreibungrennen in zwei Abteilungen mit je etwa 40 Wagen abzuhalten. Durch die Ausdehnung des Rennens auf zwei Tage erfahren die den Anwohnern der Rennstrecke auferlegten Unbequemlichkeiten naturgemäß noch eine Erweiterung. Daher haben sehr eingehende Erörterungen darüber stattgefunden, ob unter diesen Umständen die Wettfahrt nicht lieber ganz unterbleiben möchte. Bestimmend für die Verneinung dieser Frage war die Erwägung, das Rennen, das im Interesse unserer vaterländischen Automobilindustrie von allen maßgebenden Instanzen als durchaus erforderlich angesehen werde, dürfe nicht deshalb scheitern, weil sich eine über alle Erwartungen große Zahl von deutschen und ausländischen Teilnehmern gemeldet hat, und ferner die Erwägung, daß die Zerlegung des Rennens mit Beschränkung der Teilnehmerzahl für die persönliche Sicherheit der Wettfahrer eine wesentlich erhöhte Garantie bietet, während andererseits die umfassenden Vorkehrungen im Interesse des Publikums auch an zwei Tagen gleich wirkungsvoll durchgeführt werden können. In die Bevölkerung ergeht nochmals die dringende Bitte, ihrerseits nach Kräften beizutragen, daß die Wettfahrten einen ungestörten Verlauf nehmen. Die Rennstrecke muß am 13. Juni von früh 3 Uhr bis 4^{1/2} Uhr nachmittags und am 14. Juni von früh 5 Uhr bis 3 Uhr 20 Min. für jeden Verkehr vollständig gesperrt werden. Sollten die Rennen, was wahrscheinlich ist, schon früher als 4^{1/2} Uhr oder 3²⁰ Uhr beendet sein, so wird der Schluß der Rennen durch einen die Aufschrift „Schluß“ tragenden Kraftwagen, der die ganze Rennstrecke befahren wird, bekannt gemacht. Während der Wettfahrt ist jedes Betreten der Rennstrecke, weil lebensgefährlich, unbedingt verboten. Das Publikum wird gut tun, sich überhaupt nicht einmal bis unmittelbar an die Rennstrecke zu begeben, insbesondere sollte es jedermann unbedingt vermeiden, sich an den Wegzerrummungen aufzustellen.

Damit eine Anzahl Automobilfahrer wie sinnlos dahintreiben kann, wird auf wichtigen Verkehrsstraßen der Fahrverkehr zwölf Stunden lang einfach aufgehoben. Natürlich wendet die Behörde ein, daß die Abperrungen im Interesse des Publikums erfolgen, um Unglücksfälle möglichst zu verhüten. Dabei ist aber zu beachten, daß es sich bei der Herkomerfahrt lediglich um eine private Sportfeste handelt, die allerdings an bestimmten Stellen in ganz auffälliger Weise protegiert wird. Darum müssen sich alljährlich die Bewohner großer deutscher Landesteile Abperrungen gefallen lassen, die das Maß dessen ganz erheblich überschreiten, was man eigentlich auch dem deutschen Publikum zumuten dürfte. Denn wohlgemerkt: Abperrungen wie sie hier angeordnet sind, werden auf der gesamten, mehrere hundert Kilometer langen „Rennbahn“ von den Behörden verfügt. Das Behörden einer privaten Sportfeste wegen die Befugnis haben, eine so große Verkehrserschwerung ohne weiteres anzuordnen, beweist wieder einmal drastisch, welche eine Überfülle und nicht im allgemeinen Interesse liegende Machtvollkommenheit die Verwaltungsbehörden besitzen. Wenn die Behörden glauben, daß diese Wettfahrten im Interesse der vaterländischen Industrie notwendig, so mögen sie die Automobilfabrikanten veranlassen, sich in unbewohnten Gegenden eigene Rennbahnen zu bauen, aber verkehrreiche Städte und Industriebezirke ganz und gar dem gemeingefährlichen Automob zu überliefern, das ist der Gipfel alles Unfs. Wenn man noch bedenkt, wie oftmals die harmlosesten Umzüge von Arbeitervereinigungen mit dem Hinweis verboten werden, daß „durch den Umzug eine Störung des Verkehrs“ zu befürchten stände, ja selbst Streikposten aus Verkehrsgründen weggeräumt werden, erhalten die Abperrungen zu der Automobilraerei ein besonders interessantes Gepräge.

Auch ein Erfolg der Waffentechnik. Die Vertreter des Militarismus sind bekanntlich vom Kriegsminister bis zum letzten Korporal der Überzeugung, daß das Volk, das „Volk“, lediglich des herrlichen Kriegsheeres wegen da sei. Zu alledem scheint nun noch eine neue Pflicht gekommen zu sein, nämlich die, Granaten und sonstigen Sprenggeschossen als Zielobjekt zu dienen. Erst vor kurzem waren zwischen den Häusern des Dorfes Alkenrath (Bezirk Köln) zwei

Granaten niedergegangen und freyert, die von dem Schlepplage Bahn stammten. Lange dauerte es, bis die Erregung der Einwohnerlichkeit gewichen war. Man nahm als selbstverständlich an, daß die Militärverwaltung Maßnahmen treffen werde, die solche Vorkommnisse ein für allemal unmöglich machten. Aber weit gefehlt: Dieser Tage plachten wiederum vier Schrapnell zwischen Alkenrath und Bohmar am hellen Mittag an der stets belebten Straße. Die Sprengstücke machten die ganze Umgebung bis weit über die Schlepplagegrenze hinaus unsicher. Auf der Straße verkehrende Fußleute und die in den benachbarten Sandgruben tätigen Arbeiter schwebten in Lebensgefahr, da dicht neben ihnen sich Sprengstücke in den Boden einbohrten. Selbst die zur Beobachtung des Schießens im Sicherheitsstande postierten Soldaten verließen ihre Plätze.

Richter über sich selbst. Bei der Eröffnung der Schwurgerichtssperiode in Braunschweig führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hoffmann, aus: Es sei in den letzten Jahren Brauch geworden, den Richterstand zu schmähren und seine Leistungen herabzusetzen. Man habe behauptet, die Richter ständen dem praktischen Leben fremd gegenüber und lebten zu sehr an den Worten. Dieser Vorwurf, sofern er gegen den ganzen Richterstand erhoben werde, sei sehr leichtfertig; er gereiche dem Vaterlande zur Unehre und man möge ihn deshalb in Zukunft unterlassen. Hier an dieser Stelle wolle er diesen Anschuldigungen ausdrücklich entgegenreten. Nirgends finde man einen so fleißigen, gewissenhaften und strebsamen Richterstand wie gerade in Deutschland. Man habe den Richterstand sogar verdächtigt, daß er weder den guten Willen noch die Fähigkeit besäße, seines Amtes zu walten, ohne zu bedenken, wieviel dazu gehöre, Richter zu sein. Bevor der Richter seine Praxis ausübe, müsse er bei tausenden von Rechtsfällen zugegen sein, und gegen einen Mann, der durch ein langes, sorgfältiges Studium vorbereitet ist, könne man den Vorwurf nicht erheben, daß er seine Sache nicht verstehe. In fast allen Staats- und Gemeindevertretungen sei der Richterstand vertreten, den jene nicht entbehren könnten und wollten. Niemals sei ein so leichtsinniger Vorwurf gegen den Richterstand erhoben worden wie gegenwärtig. Ferner unterschätze man die Schwierigkeiten, ein Geschworenentkollegium zu bilden, und es sei eine traurige Tatsache, daß fast ein Drittel der Ausgelosten ablehnte. — Der Landgerichtsdirektor scheint den wahren Rechtsjah „Niemand kann in eigener Sache Richter sein“ trotz aller Vorbildung vergessen zu haben. Übrigens dürfte die Gerichtsstätte, an der der Richter einseitig redet, ohne Diskussionen zulassen zu können, der ungeeignetste Ort zu Erörterungen über die Qualifikationen sogenannter gelehrter Richter sein. Der Richter, der die praktischen Lebensverhältnisse nicht kennt, kann das für praktische Verhältnisse gegebene Recht nicht anwenden. Die Vorbildung unserer deutschen Richter fordert aber nicht die Erforschung und Kenntnis der Verhältnisse des realen Lebens. Wenn sie statt der formaljuristischen Vorbildung Kenntnis in national-ökonomischen, geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Dingen erwerben würden, oder wenn sie gar einen jahrelangen praktischen Kampf ums Dasein als Arbeiter durchgemacht hätten, würden sie erheblich besser dazu geeignet sein, die Justiz mit der Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Der Braunschweiger Direktor hat durch seine Verteidigungsrede die von ihm wieder gegebene Anklage trefflich gestützt: wer zu viel von sich hält, hält andere von sich ab.

Eine heitere Majestätsbeleidigungsaffäre. Gegen ein württembergisches Zentrumsbblatt, den in Rottweil erscheinenden „Schwarzwälder Volksfreund“ wurde vor kurzem, wie man jetzt erfährt, ein Majestätsbeleidigungsprözeß eingeleitet. Das Blatt hatte eine Berliner Korrespondenz über die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens veröffentlicht, in der es hieß, „Tom König von Württemberg ist bekannt, daß er die Mithilfe des Kaisers für den engen Anschluß des württembergischen Bahnnetzes an Preußen direkt erbeten und bundesfreundliche Antwort erhalten hat.“ Die hierauf zwischen den Bundesstaaten gepflogenen Verhandlungen über die Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft sind inzwischen, wie man weiß, so gut wie gescheitert. Das Zentrumsbblatt kritisierte dies Ergebnis in einem Artikel. Diesen Artikel nahm die Staatsanwaltschaft des Bezirks zum Anlaß, ein Verfahren gegen das Blatt wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Württemberg einzuleiten und durch mehrere Hausdurchsuchungen nach dem Verfasser des betreffenden Artikels zu fahnden. Das Letztere war nun von Erfolg begleitet, denn, wie die Rottweiler Staatsanwaltschaft jetzt mitteilt, hat es sich herausgestellt, daß — Herr Matthias Erzberger der Verfasser des inkriminierten Artikels war! Zu gleicher Zeit wird aber auch mitgeteilt, daß der Justizminister „im Vollmachtsnamen des Königs“ angeordnet habe, die Sache nicht weiter zu verfolgen. — Man zerbricht sich hier jetzt den Kopf über die Preisfrage, ob der König von Württemberg eine Beleidigung nicht für vorliegend oder beabsichtigt erachtete und deshalb auf die Wiederherstellung seiner angeblich beschädigten Ehre verzichtete, oder ob die Niedererschlagung des Verfahrens aus Wohlwollen für Herrn Erzberger erfolgte, der bekanntlich vor den Schranken des Gerichts immer eine tragikomische Rolle spielt, und den man vor der Wiederholung eines solchen Gastspiels bewahren wollte. . . .

Der schamlose Anzug und das unchristliche Baden. Aus einer bayerischen Bischofsstadt, berühmt durch ihre unvergleichliche Lage an drei Flüssen und ihre Frömmigkeit, so schreibt die „Allgemeine Zeitung“, wird ein erbauliches Beispiel kirchlicher Sittlichkeitsbegriffe berichtet. Der Religionslehrer einer dortigen Mittelschule hatte unter seinen Schülern zwei entdeckt, von denen der eine Halbstrümpfe und kurze Höschen trug, so daß man, o Entsetzen, die wohlgeformten nackten Waden des strammen Burschen bewundern konnte, und der andere einen an der Brust offenen Matrosenanzug. Das galt dem frommen Herrn als „Zeichen der Zeit“, und so füllte er eine ganze Religionsstunde mit einer Predigt gegen die beiden Repräsentanten eines neuen Sodom und Gomorra. Er hielt den zwölf- bis dreizehnjährigen Knaben wörtlich vor, sie hätten ihre und ihrer Mitschüler Ehre durch ihren schamlosen Anzug besleckt. Es ist schwer, hier nicht bitter zu werden, doch scheint der Herr zu jenen Armen zu gehören, denen in der Bergpredigt das Himmelreich versprochen ist. Ob jedoch die sechsste der Seligpreisungen auf ihn bezogen werden kann, das scheint die Frage. Oder was soll man zu den Worten des gleichen Hüters christlicher Sitten sagen? „Nun wird es auch bald Sommer. Da werden manche von euch wieder baden. Es ist aber die Frage, ob es christlich ist, zu baden.“ Der Mann scheint schmutzig zu sein innen und außen.

Streifende Kinder. Die „Magd. Volksz.“ berichtet aus Biederich: Am Dienstag wurden etwa 20 Biedericher Schulknaben von dem Gutsherrn Frick im Dorfe Meng zum Räuberziehen angenommen. Als die Kinder eine halbe Stunde gearbeitet hatten, beauftragten sie einen unter sich, um den Gutsherrn zu fragen, wieviel Lohn er zahle. Die Antwort war: 30 Pf. für den halben Tag. Daraufhin

stellten die Kinder sofort die Arbeit ein. Sie begaben sich zu dem Gutsherrn Peters in Meng, bei dem sie vorher 8 Tage lang ebenfalls im Räuberziehen gearbeitet hatten, und zwar bei einem Lohne von 50 Pf. für den halben Tag, und erhielten von diesem je 10 Pf. Jahrgeld, um nach Biederich fahren zu können. Am Mittwoch gingen die Kinder nach dem Rittergut Königshorn ebenfalls zum Räuberziehen. Dort sind ihnen 50 Pf. Lohn bewilligt worden, nachdem sie darauf aufmerksam gemacht hatten, daß sie bei einem Lohne von 30 Pf. in Meng die Arbeit eingestellt hätten. — Ein Bravo! solcher Solidarität!

Billow, erblicke! Unser hannoversches Parteiblatt, der „Volkswille“, veröffentlicht folgende Zuschrift: „Schon länger als 10 Jahre in Hannover wohnend, erhebt ich zufällig gestern Kenntnis von der Existenz Ihres Schmuck- und Käseblattes, gen. „Volkswille“, und zwar auf dem Abort einer hiesigen Wirtschaft. Dortselbst wird Ihr Erzeugnis dem einzig richtigen (wohltätigen) Zweck zugeführt. — Nun mir bei der Sitzung die Zeit zu vertreiben, ließ ich mich herab, Ihren gedruckten Mist zu lesen und habe auch richtig nur verlogenen Unfuss gefunden. U. a. las ich auch das Eingefandte von einem Jörer blödsinnigen sog. Genossen, worin sich derselbe über das Unrecht beklagt, das sich ein Chauffeur einem seiner wertvollen Leckel gegenüber schuldig gemacht haben soll. Abgesehen davon, daß ich selbst das schnelle Fahren von Automobilen nicht leiden kann, will ich es dennoch nicht unterlassen, diese Sache, allerdings von anderer Seite, zu beleuchten. Sie beklagen sich immer über die großen Steuern und den kleinen Verdienst der Arbeiter; daß diese große Abertreibung und Lüge ist, sieht man jetzt. Denn den Herren „Arbeitern“ muß es doch wohl noch ganz gut gehen, wenn sie sich mehrere wertvolle Hunde leisten können. Wenn die Genossen jährlich 2-3 Mk. direkte Steuern aufbringen sollen, wird das Maul zu Klagen und Verwünschungen aufgerissen, aber für Hunde ist natürlich 18 Mk. pro Exemplar an jährlicher Steuer über. Wenn nun diese Leute die 36 Mk. sparen würden, ebenso das Freisen für die Wieger, das sich doch auch auf ja. 50 Mk. jährlich beläuft, und dabei den „Volkswille“ abbestellen, würden sie mindestens 100 Mark sparen. Wollten Sie dieses mal Ihren Lesern unterbreiten. Denn abgesehen von den Hunden, von denen sie wenigstens die Fische haben, ist doch Ihr Wustblattchen zu nichts nütze. Höchstens zu den obig beschriebenen milden Zwecken, und dazu ist es noch zu schlecht, denn außer Ihren gemeinen Klagen und Hejereien liefert die Zeitung kein haltbares Papier. Für die in obig beschriebener Weise erbrachten 100 Mark sollen die Leute lieber ihren Kindern in geistlicher und leiblicher Hinsicht nützen und dieselben zu anständigen Leuten erziehen und nicht zu Schreibern und Raubmännern, wie Sie gerne wollen. Dieses meine Ansicht! — Zum Schluß teile Ihnen mit, daß mir jetzt die 5 Pf. für die Karte leid tun. In schmutziger Charaktere schreibt nicht gern ein anständiger Mensch. Ich werde Ihnen aber demnächst einige Ohrfeigen geben, damit wenigstens sich das Geld und die Mühe für diese Karte bezahlt macht. Um mich an Ihnen nicht zu beschmutzen, nehme natürlich Handschuhe.“ — Der Mann hat etwas von dem Reichsverbandler Billow gelernt und stellt, was Unmütigkeit des Tonos und Blätterreichtum der Sprache anbelangt, seinem Lehrmeister in der Sozialistenbekämpfung fast noch in den Schatten.

Ein eigenartiges Mittel der Selbsthilfe gegen unlauteren Wettbewerb. hat der Schuhhändlerverband in Worms ergriffen. Während des Pfingstmarktes ließ er ein an hohen Stangen befestigtes Plakat mit einem Paar getragener Schuhe und der Umschrift „So sehen N.'s (Name der Firma) Garantieschuhe nach fünf Tagen aus“ durch die belebte Kämmererstraße tragen. Wegen der daraus entstandenen Verkehrsstörung wurden Plakat und Schuhe polizeilich konfisziert, letztere jedoch wieder freigegeben. Gegenwärtig sind die Schuhe in einem Schaufenster der Kämmererstraße, mit entsprechendem Hinweis versehen, so lange zur Besichtigung ausgestellt, als die betroffene Firma nicht durch richterliches Urteil deren Entfernung bewirkt.

Über die Entstehung eines neuen Vulkans in Chile wird dem „Tag“ geschrieben: Seitdem Valparaiso durch das große Erdbeben des vergangenen Jahres fast vollständig zerstört wurde — es ist bis jetzt auch noch nicht wieder aufgebaut — werden die Bewohner Chiles durch die erneute Tätigkeit der Vulkane ständig in Schrecken erhalten. Besonders im Süden des Landes macht sich augenblicklich eine bevorstehende vulkanische Erregung bemerkbar. So ist dieser Tage in der Provinz Valdivia auf freiem Felde plötzlich ein neuer Vulkan entstanden. Menschenleben sind ihm nicht zum Opfer gefallen, aber große Viecherden sind durch die dem Krater entströmenden Lavamassen vernichtet worden. Aschenregen zeigte den Bewohnern der Städte Valdivia und Osorno schon vorher den Eintritt eines ungenüßlichen Ereignisses an. Am Morgen des 24. April d. J. waren die Häuser und Straßen mit einer dichten Schicht vulkanischer Asche bedeckt. Der Himmel war trübe, trotzdem keine Wolken bemerkbar waren. Ein drabiger Geruch erfüllte die Luft, und der Aschenregen hielt den ganzen Tag über an.

Ein Freiheitshort in Preußen. Der „Kladderadatsch“ veröffentlicht ein Gedicht, in dem er den Hagenbedschen Tierpark in Stellingen, in dem die Tiere nicht hinter Gittern gehalten werden, wie folgt besingt:

„Kennt ihr in Stellingen der Tiere Park,
Den ihnen Hagenbeck dort eingerichtet?
Er birgt viel Bestien groß und wild und stark,
Vor denen sonst der Mensch in Ängsten flüchtet.
Die Löwen, Panther, Tiger u. s. f.,
Die wandeln zwanglos und gemüßlich dort.“

Den freien Fuß hemmt weder Zaun noch Wehr,
Sie gehn spazieren wie im Paradiese.
Es schreckt sie mit der Weitsche kein Dompfeur.
Sie tummeln ohne Zwang sich auf der Wiese.
Sie kennen keine Fesseln und kein Joch.
Im Tierpark wohnt die wahre Freiheit noch!

Sie zeigen sich der Freiheit würdig auch,
Es gibt in Stellingen fast keine Strafen.
Sie leben, wie bei ihren Vätern Brauch,
Und kümmern sich um keine Paragrafen.
Mit einem Wort: die Tiere sind dort frei,
Sie kennen keinen Zwang der Polizei.

Wo liegt denn dieser ideale Ort?
Liegt Stellingen in Bergen, liegt's am Strande?
Wir rühmen stolz uns: dieser Freiheitshort
Liegt, Gott sei Dank, in unfremd Preußenlande.
Erhobnen Hauptes jubelt Mann für Mann!
In Deutschland Preußen alle Zeit voran!

Die Freiheit wohnt in Stellingen, hurra!
Dorthin flieg sie hinab von ihren Bergen.
Die freiheitsstrunknen Tiere kennen da
Nicht Wütel, nicht Tyrannen und nicht Schergen
Es laßt ein jeder Preuße spät und früh:
Ach, wär ich doch ein Hagenbedsches Vieh!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarm. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Eigentum in Lübeck.